

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42



Mecklenburg-Vorpommern

Programm zur Landtagswahl 2006

1  
2  
3  
4  
5  
6

# Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel</b>	3
<b>1. Bildung</b>	6
1.1 Vorschulische Ausbildung / Kindertagesstätten	6
1.2 Schulen	9
1.3 Hochschulen	12
1.4 Berufliche Bildung	14
<b>2. Wirtschaft und nachhaltiges Wachstum</b>	15
2.1 Verkehrspolitik	22
2.2 Tourismus	24
2.3 Landwirtschaft	26
<b>3. Kultur</b>	30
<b>4. Gesundheit</b>	32
<b>5. Umwelt- und Naturschutz</b>	36
<b>6. Staat, Verwaltung und Justiz</b>	40

7  
8  
9

# Präambel

---

1

2

3 Unser Land Mecklenburg-Vorpommern hat eine Zukunft. Optimismus gestaltet diese Zukunft. Zu-  
4 kunft braucht Freiheit. Ausgehend von der Freiheit eines jeden Einzelnen bauen sich unsere Ge-  
5 sellschaft, unser Land und unser Staat auf. Hierfür wird jeder Bürger gebraucht: Sein Können, sei-  
6 ne Erfahrungen, seine Einsichten, sein Mut und seine Visionen.

7

8 Die FDP setzt sich für gleiche Startchancen für alle ein und dafür, dass alle Bürger vor dem Gesetz  
9 gleich sind. Chancengleichheit ist gut und richtig. Aber *Gleichheit* ist ein kommunistisches Ziel, das  
10 in die wirtschaftliche Stagnation und in die Unfreiheit führt.

11

12 Die Qualität und Stärke eines Gemeinwesens misst sich daran, wie es seine Schwachen unter-  
13 stützt, aber auch daran, wie es mit seinen Leistungserbringern umgeht. Diese müssen ihre Ver-  
14 antwortung für die Schwächeren erkennen und wahrnehmen. Sie sollten sich aber nicht wegen der  
15 Früchte ihrer Arbeit schämen müssen. Erst diese Ergebnisse der Arbeit ermöglichen die heutigen  
16 Sozialleistungen. Daher sollte es die selbstverständliche Pflicht derjenigen Bürger sein, die nicht  
17 durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, so gut es geht, für einen Teil ihres Unterhalts  
18 zu sorgen und dadurch das Gemeinwesen zu entlasten und wettbewerbsfähig zu halten.

19

20 Diese „familiären“ Zusammenhänge und die mit der Anerkennung der Lebensleistungen der Älte-  
21 ren einhergehenden *Generationenfairness*, wie sie früher bei uns und heute noch in asiatischen  
22 Gesellschaften anerkannt sind, sind in Deutschland in der Blüte der sozialdemokratischen Vorherr-  
23 schaft verloren gegangen. An ihre Stelle ist ein anonymer Sozialstaat getreten, an den jeder An-  
24 sprüche stellt, ohne viel darüber nachzudenken, wer die Zeche eigentlich bezahlt: Im Grundsatz  
25 jeder Bürger, in der Realität sind es im Wesentlichen jedoch die Leistungserbringer, die als Kran-  
26 kenschwester, Werker, Angestellter oder Manager mit großem Einsatz arbeiten und sich weiterbil-  
27 den, um in ihrem Beruf etwas zu erreichen. Diejenigen, die etwas „unternehmen“ und damit für die  
28 bezahlte Beschäftigung anderer sorgen. Diejenigen, die mit ihre Ideen und Kenntnissen die techni-  
29 schen und finanziellen Grundlagen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit und somit die Ba-  
30 sis für die Finanzierung des Staates und des Sozialsystems schaffen.

31

32 Da die Anforderungen an Intelligenz und Fähigkeiten, die notwendig sind, um im Berufsleben mit-  
33 halten zu können, mit jeder neuen Technologie ständig und schnell steigen, die entstehenden Lü-  
34 cken jedoch für etliche Menschen selbst durch beste Ausbildung nicht mehr zu schließen sind, ist  
35 es doch offensichtlich, dass ein kräftiges Wirtschaftswachstum allein einen großen Teil der Arbeits-  
36 losen nicht mehr in einen Job bringen kann. Während andererseits händeringend verstärkt qualifi-  
37 zierte Facharbeiter und Ingenieure gesucht werden.

1 Wie können wir den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen mit unserer Politik helfen, ihr  
2 Selbstwertgefühl durch eigene Arbeit zurückzuerlangen?

3

4 Gemeinsam stehen wir vor wichtigen Aufgaben, die bewältigt werden müssen, aber auch können.  
5 Die Bürger unseres Landes haben bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass sie fähig und bereit  
6 sind, ihr Bestes für die nachfolgenden Generationen und eine bessere Zukunft zu geben. Sich auf  
7 diese Fähigkeiten sowie auf den persönlichen Einsatz eines Jeden zu besinnen und darauf zu ver-  
8 trauen, markiert den ersten Schritt aus der unser Land erstarrenden Depression.

9

10 Die Verschuldung des Landes und der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern beschränkt unser  
11 tägliches Leben. Den staatlichen Aufgaben stehen ständig sinkende Einnahmen zur Erfüllung die-  
12 ser gegenüber. Das daraus resultierende strukturelle Defizit ist in den letzten Jahren ungebremsst  
13 gewachsen. Unser Land muss schnellstmöglich aus dieser Schuldenfalle befreit werden. Dabei  
14 muss sich jeder von uns fragen, ob diese oder jene Aufgabe vom Staat erbracht werden muss, und  
15 ob die staatliche Leistung angemessen ist. Wir nehmen staatliche Leistungen in Anspruch, die nur  
16 finanziert werden können, indem der Staat uns mit Steuern belastet. *Denn:* Nur was im Staat er-  
17 wirtschaftet wird, kann auch verteilt werden. Es ist die Pflicht des Staates, mit den finanziellen Mit-  
18 teln der Bürger sparsam und interessenbezogen umzugehen. Die Aufgabenerfüllung aus Mitteln zu  
19 bestreiten, die eigentlich für Investitionen in die Infrastruktur oder für die Schaffung besserer Rah-  
20 menbedingungen für Wirtschaft, Forschung, Entwicklung sowie Lebensqualität vorgesehen sind,  
21 stellt genau wie die Kreditaufnahme keine zukunftsorientierte Politik dar.

22

23 Wir Freien Demokraten werden uns verstärkt für den zweckentsprechenden investiven Einsatz der  
24 vorhandenen Zuweisungen von Bund und anderen Bundesländern einsetzen. Damit sollen die  
25 erforderlichen besseren Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung, für die Landes-  
26 entwicklung, die Landeskultur und für die notwendigen sozialen Strukturen geschaffen werden.

27

28 Wir Liberalen werden das strukturelle Defizit drastisch reduzieren, indem wir auf die Eigenverant-  
29 wortung der Bürger setzen. Durch Eigeninitiative und die Bereitschaft der Bürger, sich an der Lö-  
30 sung der Probleme zu beteiligen, können die öffentlichen Kassen entlastet und schließlich ausrei-  
31 chende finanzielle Finanzspielräume für notwendige Kernaufgaben der öffentlichen Hand geschaf-  
32 fen werden. Wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern Mecklenburg-Vorpommerns diese Eigeniniti-  
33 ative zu und fördern sie zugleich. Wir werden unser Land nur nach vorne bringen können, wenn  
34 wir bereit sind, mehr zu leisten als andere.

35

36 Mit einem Haushaltsdefizit in Rekordhöhe von 11.147 Mio. EUR (2005) und einer ständig wach-  
37 senden Pro-Kopf-Verschuldung (Ende 2004 ca. 6.000 EUR) sollen und dürfen die Bürger Meck-  
38 lenburg-Vorpommerns nicht leben. Die FDP wird sich daher für ein ressortübergreifendes Umden-

1 ken in der Finanz- und Haushaltspolitik einsetzen. Um das strukturelle Defizit im Landeshaushalt  
2 abzubauen, muss die Landesverwaltung auf ihre Kernbereiche reduziert werden.

3

4 Auf Landes- und Bundesebene werden wir uns zudem für eine föderale Gesamtkonsolidierung der  
5 öffentlichen Hand einsetzen. Eine isolierte Konsolidierung des Landeshaushaltes würde ohne eine  
6 damit einhergehende Konsolidierung der kommunalen Haushalte als auch des Bundeshaushaltes  
7 in ihrer Wirkung verpuffen. Hierbei kommt einer Neuausrichtung des Föderalismus eine bedeuten-  
8 de Funktion zu. Die Entscheidungskompetenzen müssen klar abgrenzbar sein. Der Staat muss  
9 begründen, weshalb er bestimmte Angelegenheiten nicht mehr Sache eines jeden Bürgers sein  
10 lassen möchte und damit in die Freiheit des Individuums eingreift. Angelegenheiten, die der Ein-  
11 zelne nicht mehr zu bewältigen vermag, darf der Staat nur bis zur nächstmöglichen föderalen Ebe-  
12 ne an sich heranziehen.

13

14 Mecklenburg-Vorpommern baut sich, ausgehend von jedem Bürger, von unten nach oben auf.  
15 Was der Einzelne selbst regeln kann, ist nicht Angelegenheit der Gemeinde. Ist die Gemeinde zur  
16 Regelung fähig, dann benötigt der Landkreis diesbezüglich keine Kompetenzen - nur so lässt sich  
17 das Prinzip der Subsidiarität bis hin nach Europa verwirklichen.

18

19 Die FDP wird sich nachhaltig dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene  
20 wieder stärker wahrgenommen wird.

21

22 In Bezug auf Wirtschaft und Gesellschaft ist eine Kultur der Selbstständigkeit zu fördern, in der  
23 jeder Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt, und dies nicht als Last, sondern  
24 vielmehr als Chance begreift.

25

26 Unser Weg für die nächsten Jahre lautet daher: Die Zukunft in Freiheit und mit Optimismus zu ges-  
27 talten – Freiheit für Bildung und Arbeit.

28

29 Wir Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommerns fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, mit  
30 uns gemeinsam, für einen Neustart in unserem Bundesland zu kämpfen. Gestalten und motivieren  
31 Sie mit uns – zum Wohle unseres schönen Landes.

32

33

34

35

36

37

38

# 1. Bildung

*Bildung ist ein  
Qualitätsmerkmal*

Erziehung, Bildung und Ausbildung junger Menschen zählen zu den Hauptaufgaben einer Gesellschaft, sie bestimmen die Lebenschancen entscheidend. Bildung und Erziehung sind Qualitätsmerkmale einer jeden Gesellschaft und Kernelemente sozialer Ordnungspolitik. Daher muss Schluss sein mit immer neuen Strukturdebatten und ideologischen Grabenkämpfen auf Kosten der Bildung. Chancengleichheit und eine individuelle Förderung des Einzelnen schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich. Eine moderne Allgemeinbildung bildet das Fundament für lebenslanges Lernen im Beruf, im Studium und in der Weiterbildung. Bildung ist der Schlüssel zu vielem: Gebildete Menschen leben gesünder, werden älter und sind weniger von Arbeitslosigkeit bedroht. Bildung stellt somit die Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg dar. Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt eine gute Bildung.

## 1.1 Vorschulische Ausbildung / Kindertagesstätten

Für uns Liberale Mecklenburg-Vorpommerns kann es bezüglich der vorschulischen Ausbildung nur ein Motto geben:

*Das Wohl des Kindes steht im Mittelpunkt!*

*Rechte  
und Pflichten*

Kinder und Heranwachsende sind das Wichtigste in einer Gesellschaft. Wir müssen die Chancen der Kinder zukünftig noch mehr stärken als bislang. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder die Chance bekommen, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten zu können. Die Gesellschaft hat die Pflicht, Kinder und Jugendliche zu fördern, aber auch das Recht, einen eigenen Einsatz für die Weiterentwicklung zu fordern. Kindererziehung ist und bleibt dabei eine zentrale elterliche Aufgabe. Die Bedeutung der Familie für das Kind und die erzieherischen Leistungen der allermeisten Familien sind ausgesprochen groß. Wissenschaftliche Untersuchungen identifizieren die Familie als zentralen „Lernort“. Hier werden Schlüsselkompetenzen und Werte vermittelt, die für den Verlauf des Lebens wichtig und zugleich prägend sind. Erziehung muss sich an den jeweiligen Entwicklungsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientieren und ihnen eine entwicklungsfördernde Unterstützung bieten. Eckpfeiler einer solchen Erziehung sind emotionale Wärme, Achtung, Respekt, kooperatives Verhalten, Verbindlichkeit und eine umfassende Förderung des Kindes.

1  
2 Kindertageseinrichtungen dürfen keineswegs – wie oft zu recht kritisiert – der  
3 bloßen „Verwahrung“ von Kindern dienen. Aus den jüngsten nationalen und in-  
4 ternationalen Bildungsstudien geht hervor, dass der Bildungs- und Erziehungs-  
5 auftrag des Kindergartens zukünftig deutlich in den Vordergrund rücken muss.  
6 Neuere wissenschaftliche Erkenntnisse belegen zusätzlich die Bedeutung der  
7 ersten Lebensjahre für die Entwicklung des Kindes.

8 Unsere Wissensfabrik ist der Kindergarten. Wir wollen ihn zur ersten Bildungsein-  
9 richtung umgestalten, ohne dass er zu sehr verschult wird. Der Kindergarten soll  
10 die natürliche Neugier der Kinder und die Lust am Fragen und Lernen herausfor-  
11 dern. Dies gilt auch für das spielerische Erlernen von Fremdsprachen. Bei der  
12 Forderung nach hohen pädagogischen Standards für Kindergärten und Kinder-  
13 krippen geht es uns aber nicht ausschließlich darum, den kleinen Kindern mehr  
14 Wissen zu vermitteln. Gerade in den ersten Lebensjahren kann man Kindern al-  
15 tersgerecht und spielerisch viel mehr vermitteln als reines Wissen. Dazu gehören  
16 Sprachfertigkeiten, Bewegungsfähigkeiten, Neugier, Lernmotivation, Leistungs-  
17 bereitschaft, Selbstbewusstsein, Selbstkontrolle, soziale Fähigkeiten und allge-  
18 meine Werte.

19  
20 Nur ein ganzheitlicher Bildungsansatz in den ersten Lebensjahren beugt irrepa-  
21 rablen Defiziten in der Schulzeit vor. Daher ist es unser erklärtes Ziel, den beste-  
22 henden Bildungsplan zu überarbeiten und auf die Altersgruppen bis fünf Jahre zu  
23 erweitern. Jedoch dürfen dabei die verschiedenen pädagogischen Ansätze nicht  
24 eingeschränkt werden. Die Kindertagesstätten müssen einen größeren Beitrag  
25 zur besseren Qualifizierung unserer Kinder leisten. Wichtig sind in diesem Zu-  
26 sammenhang Sprachtests. Es sollen verbindliche Diagnosen mit Sprachstands-  
27 erhebungen im Alter von vier oder fünf Jahren eingeführt werden. Diese Sprach-  
28 tests sollen ermöglichen, sofortige Maßnahmen einzuleiten, die dem Entwick-  
29 lungsstand eines jeden Kindes gerecht werden. Kinder, bei denen erhebliche  
30 sprachliche Defizite festgestellt werden, erhalten daraufhin parallel zur Startklas-  
31 se gesonderten Sprachunterricht. In der Startklasse sollen alle Kinder im letzten  
32 Jahr vor der Einschulung an mindestens zwei Tagen in der Woche vormittags  
33 von Fachpersonal unterrichtet werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass  
34 auch diese Kinder mit sechs Jahren in die Schule eintreten und dem Unterricht  
35 problemlos folgen können. Ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse ist  
36 eine Integration in das deutsche Bildungssystem nur schwer möglich. Hier müs-  
37 sen – im Zusammenwirken mit den Ländern – erhebliche Anstrengungen unter-  
38 nommen werden, um diesen Kindern bessere Chancen auf ein selbstbestimmtes

1 Leben zu eröffnen. Die Integration von Migrantenkindern muss unserer Ansicht  
2 nach in Zukunft aktiv und systematisch gefördert werden. Sie stellt dabei zugleich  
3 eine Herausforderung und Chance dar, denn diese jungen Menschen können  
4 wichtige Brücken zwischen den Kulturen bilden.

5  
6 Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengleichheit zu *Chancengleichheit*  
7 Beginn des Lebens. Jedes Kind, egal aus welcher sozialen Schicht es stammt, *zu Beginn des*  
8 hat ein Recht auf Förderung. Unsere Gesellschaft kann es sich auf Dauer nicht *Lebens*  
9 leisten, das Potenzial der jungen Generation zu verschwenden. Im Sinne der  
10 Chancengleichheit und aufgrund von pädagogischen Erkenntnissen muss gerade  
11 auch die frühkindliche Bildung kostengünstig sein. Im Rahmen des bundesrecht-  
12 lichen Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz (halbtags zwischen dem 3.  
13 Lebensjahr und der Einschulung bzw. der Startklasse) sollen die Elternbeiträge  
14 schrittweise gesenkt werden.

15 Dem Wunsch der Eltern entsprechend, sollen Kinder in Mecklenburg-  
16 Vorpommern sowohl in Kindertagesstätten als auch von Tagesmüttern betreut  
17 werden können. Diese gelten bundesweit als qualitativ hochwertiges, zertifizier-  
18 tes Kinderbetreuungsangebot gleichrangig neben der so genannten institutionel-  
19 len Betreuung in Krippen.

20  
21 Ziel ist und bleibt für die FDP die schrittweise Einführung eines Modells zur kos- *Von kostengünstig*  
22 tenfreien Betreuung und Förderung von Kindern im Alter von 0-6 Lebensjahren, *zu kostenlos*  
23 unabhängig davon, welche Betreuungsform gewählt wird. Grundlage für die Ein-  
24 führung sind landesweit einheitliche Qualitätsstandards, insbesondere im Perso-  
25 nalsbereich.

26  
27 Hortbetreuung soll weiterhin die Schulausbildung ergänzen. Jedoch muss die *Hort ergänzt*  
28 Zusammenarbeit zwischen Hort und Schule zukünftig weiter verbessert werden. *Schule*  
29 Räumliche Nähe und eine inhaltliche Abstimmung zwischen Hort und Schule er-  
30 möglichen eine ganzheitliche Bildung.

31  
32 Die besonderen Bedürfnisse von behinderten oder von Behinderung bedrohten *Kinder mit*  
33 Kindern müssen gerade in Kindertageseinrichtungen angemessen berücksichtigt *Behinderung*  
34 werden. Integration und die Vermeidung von Ausgrenzung sind hierbei unsere  
35 Ziele.

36  
37  
38



## 1.2 Schulen

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

Die Schule darf nicht aus ihrem Erziehungsauftrag entlassen werden. Sie soll den Schülern nicht nur Wissen, sondern insbesondere auch Wertevorstellungen und Normen vermitteln, mit dem Ziel, die Entfaltung der Persönlichkeit und die Selbstständigkeit von Entscheidungen und Handlungen zu fördern. Die Schule muss sich weiter der Zusammenarbeit mit Eltern, gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen öffnen, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, das Gelernte in der Praxis anzuwenden.

*Auftrag der Schule*

In der Schule ist nicht nur Kompetenz im Bereich von Wissen über das Lehren und Lernen erforderlich, sondern vor allem eine in der Praxis erprobte emotionale Intelligenz. Nur dann ist ein Gleichgewicht von Lernanreizen im Wissensbereich und Lernanreizen auf dem Gebiet der Emotion, der Vision und des Einfalls möglich. Ohne einen motivierenden Leistungsanreiz wird jedoch kein Schüler arbeiten. Eltern und Lehrer müssen diesen bis zu einem sinnvollen Grad schaffen. Wir vertrauen unseren Lehrerinnen und Lehrern. Wir bauen auf ihren Elan, ihr Engagement, ihre Professionalität und ihre emotionale Intelligenz – zum Wohle der Bildung unserer Kinder – zur Stärkung der Qualität der Bildung.

Wir Liberalen gehen davon aus, dass es deshalb einer Vielzahl bestehender Verordnungen, bürokratischer Hemmnisse und Zwänge nicht bedarf. Bildung und Erziehung leben von Freiraum, Kreativität, Spontaneität, Individualität und nicht zuletzt von der Beziehung zwischen Lehrern und Schülern. Wir setzen uns für ein Schulsystem der Vielfalt ein. Neben Regionalschulen und Gymnasien umfasst dies auch die Sonderschulen und Einrichtungen für besonders begabte Schüler. Zu dieser Vielfalt gehören ebenso die mit großer Eigeninitiative geführten Schulen in freier Trägerschaft. Schulübergreifende Angebote wie kooperative oder integrierte Gesamtschulen können eingerichtet werden, wo die Mehrheit der zu befragenden Eltern und der Schulträger dies wünschen. Differenzierung geht in diesem Zusammenhang vor Zusammenlegung.

*Bildung lebt von Freiheit und Vielfalt*

Das Land gibt die zentralen Lerninhalte vor, die Struktur soll der Schule, der Entscheidung des Schulträgers und der Schulkonferenz vorbehalten bleiben. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung eines politikunabhängigen Evaluationssystems, das die Leistungen von Schulen vergleichbar machen soll.

*Autonomie des Lehrens und Lernens*

Wir werden uns dafür einsetzen, dass zukünftig lediglich zentrale Prüfungen abgelegt werden. Die Art und Weise des Lernens als auch des Lehrens soll ansonsten der Schule und den Lehrern überlassen werden. Unser Ziel ist es, die Finan-

1 zierung des Bildungssystems komplett umzustellen und nicht mehr pauschal,  
2 sondern an den einzelnen Schüler zu binden. So können Eltern und Schüler ihr  
3 Wahlrecht frei ausüben. Gleichzeitig werden sämtliche Regelungen des Schullas-  
4 tenausgleichs entbehrlich. Qualität und Differenzierungen entstehen nur durch  
5 Wettbewerb. Wir setzen uns für einen Wettbewerb unter den Schulen und für  
6 mehr Wahlmöglichkeiten für Eltern, Lehrer und Schüler ein.

7  
8 Unsere Schulen müssen die Möglichkeit erhalten, die Verantwortung für die Er-  
9 gebnisse ihrer Arbeit selbst tragen zu können. Die Schule der Zukunft ist eine  
10 eigenverantwortliche und selbstständige Schule.

*Die wirklich selbst-  
ständige Schule*

11 Wir wollen, dass Schulen in die Lage versetzt werden, ein eigenes Angebotsprofil  
12 zu entwickeln, ihr Personal selbst einstellen, es selbstständig führen und eigen-  
13 ständig über finanzielle Mittel entscheiden zu können. Dazu zählt auch die eigene  
14 Organisation des Unterrichts. Uns ist wichtig, dass zukünftig die Eltern- und  
15 Schülerrechte gestärkt werden, aber in gleichem Maße muss auch die Verant-  
16 wortung der Lehrer und Erzieher für ihre Schule gestärkt werden. Wir treten für  
17 eine Entbürokratisierung des gesamten Schulrechts und für die Befreiung von  
18 Verordnungen ein, die der Selbstständigkeit von Schulen und Lehrern entgegen-  
19 wirken.

20  
21 Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Grundschulen einen weitaus  
22 höheren Stellenwert erhalten als bisher. Dort werden wichtige Voraussetzungen  
23 geschaffen, die die Motivation für ein lebenslanges Lernen stellen. In der Grund-  
24 schule werden bereits die wichtigsten sozialen Werte und Normen vermittelt. Da-  
25 her gehören die besten Pädagogen und die größte finanzielle Ausstattung in die  
26 erste Schuleinrichtung. In der Grundschule gelten die gleichen pädagogischen  
27 Ansätze, die auch im Kindergarten Priorität haben. Wichtig ist uns, dass jedes  
28 Grundschulkind seine Schule innerhalb von 40 Minuten erreichen kann. *Kurze*  
29 *Füße, kurze Wege* – das muss zum Programm gemacht werden. Grundschüler  
30 benötigen auf besondere Art und Weise den engen sozialen Kontakt zu ihren  
31 Lehrern. Aus diesem Grund machen wir uns stark für die örtliche Grundschule  
32 und auch für die Form der kleinen Dorfschule – denn Individualität ist nur in klei-  
33 nen Schülergruppen optimal erzielbar. Der Blick auf andere Bundesländer zeigt,  
34 dass dort bereits pädagogische Konzepte für moderne leistungsorientierte kleine  
35 Landschulen vorliegen. Wir werden uns für die Bewahrung der ländlichen Grund-  
36 schulen einsetzen, weitgehend unabhängig von der Schülerzahl. Denn die Schu-  
37 le im Dorf hat sich als unverzichtbare Bedingung für den Verbleib und den Zuzug  
38 von Familien in den ländlichen Raum herausgestellt. Sie ist nicht nur Zentrum

*Höherer Stellen-  
wert für Grund-  
schulen*

*Kurze Füße –  
kurze Wege*

1 des sozialen und familiären Lebens im Dorf, sondern auch das sichtbarste Sym-  
2 bol dafür, dass das Land Familienleben im ländlichen Raum überhaupt will.  
3 Schulschließungen sind immer ein klares Signal, das von Familien als Aufforde-  
4 rung zum Wegzug wahrgenommen wird.

5  
6 Das Angebot an Ganztagschulen gilt es auszubauen. Dadurch werden zusätzli- *Ganztagschulen*  
7 che Förder- und Unterstützungsmaßnahmen erreicht, mit denen zugleich *ausbauen*  
8 schwache wie lernstarke Schüler gefördert werden. Die Ganztagschule in allen  
9 Schularten ist die Antwort auf die veränderten familiären Rahmenbedingungen.  
10 Schule kann und soll die elterliche Erziehung nicht ersetzen, aber sie kann durch  
11 eine engagierte Bildungspolitik vor Ort ergänzt werden.

12 Chancengleichheit und Gerechtigkeit brauchen Freiheit und keinen Zwang. Sie  
13 werden aus unserer Sicht nicht durch eine vordergründige Diskussion über  
14 Schulsysteme erreicht, sondern ausschließlich über eine Verlagerung des Au-  
15 genmerks auf die wesentlichen Beteiligten: Eltern, Lehrer und Schüler.

16  
17 Das Ministerium für Bildung sollte sich – anstatt sich um immer mehr Bürokratie *Einheitliche*  
18 und Reglementierung zu kümmern – darauf konzentrieren, für Mecklenburg- *Prüfungsstandards*  
19 Vorpommern einheitliche Prüfungsstandards zu entwickeln. Danach muss die  
20 Einführung länderübergreifender Standards erfolgen, die eine Anerkennung von  
21 Schulabschlüssen in ganz Deutschland gewährleistet.

22  
23 Die beste Sozialpolitik setzt für uns bei der Bildung an. In diesem Zusammen- *Reform der*  
24 hang sprechen wir uns auch für eine Reform der Lehrerausbildung in Mecklen- *Lehrerausbildung*  
25 burg-Vorpommern aus. Diese muss zukünftig eine stärkere Praxisgewichtung  
26 enthalten. Die Studierenden müssen so früh wie möglich in die Schulen, um dort  
27 erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Außerdem muss die pädagogische  
28 Ausbildung einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen. Die Lehrer von  
29 morgen müssen unbedingt vermehrt in Erziehungs- und in Wissensvermittlungs-  
30 techniken geschult werden.

31  
32 Auch in Bezug auf die Finanzpolitik bedarf es eines Umdenkungsprozesses. Wir  
33 werden uns – trotz knapper Kassen – dafür einsetzen, dass eine Umverteilung  
34 von Finanzmitteln aus dem Reparaturbetrieb der Beschäftigungs- und Qualifizie-  
35 rungsmaßnahmen in den eigentlichen Bildungsbereich mit der Priorität Grund-  
36 schule erreicht wird.

37  
38

## 1.3 Hochschulen

Die Politik läuft Gefahr, den Ruf unserer Hochschulen und die Motivation ihres Personals dank des ewigen Hin und Her in Sachen Landeshochschulgesetz zu schädigen. Die Hochschulen sind elementare Bereiche der Landesentwicklung und eine der wenigen Möglichkeiten, junge Menschen in unser Land zu holen – sie sind ein unschätzbare Exportartikel. Sie verkörpern somit einen wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Faktor für Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sprechen uns klar für eine autonome Hochschullandschaft aus.

*Das liberale Leitbild der künftigen Hochschule lautet:*

- Unabhängigkeit
- Wissenschaftlichkeit
- Wettbewerbsfähigkeit
- Profiliertheit
- Internationalität

Wir Liberalen bekennen uns zu den Hochschulen, wollen aber den vorherrschenden staatlichen Dirigismus zurückdrängen. Wichtig ist uns weiterhin, mehr Freiräume für die Hochschulen zu schaffen, damit sie handlungsfähiger werden und eine langfristige Planungssicherheit erhalten. Dafür setzt sich die FDP für rechtsverbindliche Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen ein. Die bisherigen Zielvereinbarungen hatten den Nachteil, dass sie von Seiten des Landes jederzeit ohne Konsequenzen aufgekündigt werden konnten. In Zukunft sollen derartige Zielvereinbarungen für das Land rechtsverbindliche Erklärungen sein, auf die sich die Hochschulen für die Zeit ihrer Dauer jederzeit berufen können.

*Autonomie und  
Planungssicherheit*

Wir fordern Hochschulen, die nicht als nachgeschaltete Behörden verstanden und behandelt werden. Wir sind entschiedener Gegner einer Bevormundung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Die Hochschulen sollen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wahrnehmen zu können.

*Hochschulen sind  
keine Behörden*

Die FDP setzt sich daher für eine Rechtsformänderung der Hochschulen ein. Wir vertreten das Modell der Stiftungshochschulen. In diesem Modell wird den Hoch-

*Rechtsform-  
änderung*

1 schulen im Zuge der Rechtsformänderung sowohl die Personal- als auch die Pro-  
2 jekthoheit übertragen. Die Hochschulen erhalten nach der Umwandlung in eine  
3 Stiftung ausschließlich Globalzuschüsse über deren Verwendung sie selbstständig  
4 entscheiden. Dadurch entsteht eine Organisationshoheit für die Hochschulen,  
5 die sich nach den eigenen Bedürfnissen entsprechend ihrer Größe, Tradition und  
6 Aufgabensetzung eine Struktur gibt. Tarifliche Vereinbarungen, Stellenausschrei-  
7 bungen und Berufungen erfolgen dann ausschließlich innerhalb der jeweiligen  
8 Hochschule. Zudem hat diese Rechtsform den Vorteil, dass die jeweilige Hoch-  
9 schule den lang versprochenen Globalhaushalt erhält und zudem selbstständig  
10 Mittel umschichten kann. Auch können erwirtschaftete Überschüsse mit ins  
11 nächste Jahr genommen werden und müssen nicht mehr am Jahresende abge-  
12 führt werden.

13

14 Studiengebühren können ein sinnvoller Beitrag zur Finanzierung der Hochschu- *Studiengebühren*  
15 len sein. Allerdings muss gewährleistet sein, dass die Gelder allein bei der Hoch-  
16 schule verbleiben. Ebenso muss sichergestellt werden, dass von Seiten des  
17 Landes dann nicht an den Hochschulen gespart wird. Die Entscheidung über die  
18 Erhebung von Studiengebühren überlassen wir den autonomen Hochschulen. Im  
19 Zuge der Einführung von Studiengebühren muss die rechtliche Stellung der Stu-  
20 denten verbessert werden. Sie müssen gleichberechtigte Kunden der Hochschu-  
21 len werden und Versäumnisse von Seiten der Hochschule einklagen können.  
22 Nicht zuletzt muss eine sozialverträgliche Finanzierung der Studiengebühren  
23 sichergestellt werden.

24

25 Die FDP empfiehlt der autonomen Hochschule den weiteren Ausbau der Fundrai- *Fundraising*  
26 sing-Abteilungen und den Aufbau eines Alumni-Systems. *und Alumni-System*

27

28 Die FDP fordert die Abschaffung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze *Abschaffung ZVS*  
29 (ZVS). Die Hochschulen sollen selbst über die Aufnahme von Studenten ent-  
30 scheiden dürfen. Bei der Studienplatzvergabe kann jedoch nicht allein der No-  
31 tendurchschnitt eine Rolle spielen. Studierende können vielmehr anhand von  
32 Aufnahmetests aufgenommen werden. Die ersten Schritte in diese Richtung sind  
33 bereits unternommen worden. Dennoch gibt es immer noch Fächer, die über die  
34 ZVS verteilt werden. Unser Anliegen ist es, die Hochschulen in Mecklenburg-  
35 Vorpommern zu ermuntern, auf die ZVS zu verzichten.

36

37

38

## 1.4 Berufliche Bildung

Die rot-rote Landesregierung hat durch eine falsche Bildungspolitik die berufliche Zukunft tausender junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern aufs Spiel gesetzt und Entwicklungschancen klein- und mittelständischer Unternehmen vertan. Zusätzliche Bildungs- und Ausbildungsaufwendungen dieser Unternehmen werden notwendig, weil Schulabgänger immer häufiger erhebliche Ausbildungsdefizite aufweisen. Oft sind Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen leider nur unzureichend vorhanden. Aufgrund steigender Qualifikationsanforderungen muss die Ausbildung junger Menschen an Qualität zunehmen. Benachteiligten Schülern wird nur durch eine intensivere Vermittlung von Grundfertigkeiten die Chance eröffnet, sich qualifiziert um einen Ausbildungsplatz bewerben zu können.

*Besser qualifizieren*

Wir werden uns dafür einsetzen, dass künftig einer mangelnden Vorbildung der Schulabgänger, zu hoher Ausbildungskosten, einer zu langen Ausbildungsdauer und zu starren Berufsbildern entgegengewirkt wird.

Die Ausbildungsberatung muss professioneller gehandhabt werden. Das duale Berufsbildungssystem muss durchlässiger und flexibler werden. Es muss fortentwickelt und nicht zerredet werden.

*JA zum dualen Ausbildungssystem*

Die Berufsschulen sind aufgefordert, sich stärker an den Anforderungen der Wirtschaft zu orientieren. Die Entwicklung neuer und die Überarbeitung bestehender Berufsbilder an die zukünftige Marktentwicklung muss eines der Hauptziele der Berufsschulen sein. Es ist zu prüfen, inwieweit einfache Ausbildungsberufe mit kürzeren Ausbildungszeiten verbunden und zugelassen werden können. Die Berufsschulzeiten müssen flexibler an den regionalen und branchentypischen betrieblichen Arbeitszeiten ausgerichtet werden. Ziel muss es sein, junge Menschen früher als bisher in das Berufsleben einzugliedern.

*Professionalität in den Berufsschulen*

Die FDP wird private und gemeinnützige Initiativen unterstützen, die zur Schaffung von Ausbildungsplätzen beitragen. Grundsätzlich ist die betriebliche vor der überbetrieblichen Ausbildung zu fördern.

*Betrieblich vor Überbetrieblich*

## 2. Wirtschaft und nachhaltiges Wachstum

---

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land mit vielen Chancen. Es gibt keinen Grund, unser Land schlecht zu reden. Wichtig ist vor allem eines: Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, die wir haben, um unsere Zukunft selbstverantwortlich und frei gestalten zu können.

Acht Jahre rot-rote Politik in Mecklenburg-Vorpommern haben ihre Spuren hinterlassen, Chancen wurden und werden nicht genutzt. Die Bilanz: Mecklenburg-Vorpommern hat das geringste Wirtschaftswachstum und die höchste Arbeitslosenquote im Vergleich der neuen Bundesländer.

Die FDP will ein Klima des Aufbruchs schaffen. Dafür brauchen wir eine neue Kultur in der Wirtschaftspolitik unseres Landes. Wir setzen dabei auf die Menschen. Ihre Motivation ist der wichtigste Faktor in der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist das Fundament einer jeden guten Wirtschaftspolitik, und eine gute Wirtschaftspolitik bildet den Kern einer guten Sozialpolitik.

*Klima der Motivation schaffen*

Das wirtschaftliche Bild in Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von Kleinst- und Kleinbetrieben. Sie sind das Rückgrad unserer Wirtschaft. Es sind die kleinen Unternehmen, die kreativ sind, die sich den Herausforderungen des Marktes stellen, die für Innovation in unserem Land sorgen. Hier werden die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. Deswegen muss die Politik den vielen Handwerkern, Freiberuflern und Unternehmern ihrerseits den Rücken stärken. Es darf nicht länger nur geredet werden. Die FDP will die Probleme anpacken, mit denen die Unternehmen in unserem Land kämpfen.

*Probleme anpacken*

Das heißt für uns:

- Wir werden den Zugang zu neuem Kapital und Darlehen vor allem für Kleinst- und Kleinbetriebe verbessern. Hierzu werden wir bei der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommerns einen Fond einrichten, mit dem sich die Beteiligungsgesellschaft an Kleinst-, Klein- und Mittelstandsunternehmen kurz- und langfristig still beteiligen kann. Wir werden darauf achten, dass der Zugang zu diesem Fond nicht durch bürokratische Hürden und lange Entscheidungsverfahren behindert wird.

- 1     ▪ Wir wollen eine Investitionspolitik der öffentlichen Hand, die sich an den  
2       Bedürfnissen der kleinen Unternehmen orientiert. Das heißt für uns auch  
3       eine verstärkte Ausschreibung von handwerksfreundlichen Teil- und  
4       Fachlosen durch die öffentliche Hand.  
5
- 6     ▪ Wir wollen eine Verbesserung der Zahlungsmoral. Gerade die öffentliche  
7       Hand hat eine Vorbildwirkung. Das Land und die Kommunen müssen sich  
8       dieser wieder bewusst werden.  
9
- 10    ▪ Wir wollen einen handwerksgerechten Technologietransfer. Hierfür brau-  
11      chen wir eine verbesserte Informations- und Transferstruktur an den Uni-  
12      versitäten des Landes, damit das theoretische Anwendungswissen auch  
13      praktisch für das Handwerk nutzbar wird.  
14
- 15    ▪ Es ist nicht zu verantworten, dass Dumpingangebote den Markt in seiner  
16      Substanz gefährden. Zur Vermeidung von Folgekosten sollte die öffentli-  
17      che Hand offensichtliche Dumpingangebote von Ausschreibungen aus-  
18      schließen – keine Auftragsvergabe an den billigsten Bieter.  
19

20 Die Zukunft gestalten heißt, die Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Mecklenburg-  
21 Vorpommern zu stärken.

22  
23 Kernbereiche sind:

- 24
- 25     ▪ Bio- und Medizintechnik
- 26     ▪ Tourismus und Wellness
- 27     ▪ Maritime Industrie (Schiffbau, Zulieferer, Ingenieurleistungen, Schiff-  
28       fahrt, Off-Shore)
- 29     ▪ Landwirtschaft und Ernährungsindustrie
- 30

31 Die Ausrichtung an diesen Kernbereichen darf aber nicht dazu führen, dass gute  
32 Ideen und Ansiedlungskandidaten außerhalb dieser Bereiche nicht gefördert  
33 werden.

34  
35 Ziel muss es sein, Mecklenburg-Vorpommern durch exzellentes Marketing im  
36 hart umkämpften Wettbewerb der Bundesländer um Industrieansiedlungen in  
37 einem besonderen Maße zu profilieren. Die FDP hat es sich zur Aufgabe ge-  
38 macht, eine Standortoffensive zu starten, die nicht nur auf die Ansiedlung und

*Wirtschaftliche  
Kernbereiche*

*Stärkung des  
bestehenden  
Mittelstandes*



1 Neugründung modernster Industrie- und Dienstleistungsunternehmen abzielt,  
2 sondern erst recht auf die Unterstützung der bereits bestehenden ansässigen  
3 Unternehmen ausgerichtet ist. Dies kann vor allem durch eine Verbesserung der  
4 örtlichen Rahmenbedingungen wie z.B. die Befreiung von Bürokratie, überhöhten  
5 Steuern und Abgaben geschehen.

6  
7 Keine Standortoffensive hat Erfolg, wenn die Politik weiterhin die so genannten  
8 „weichen“ Standortfaktoren schwächt. Investoren kommen nicht in unser Land,  
9 wenn ihre Mitarbeiter Sorge haben müssen, dass das Abitur ihrer Kinder in ande-  
10 ren Bundesländern als zweitklassig angesehen wird.

11  
12 Unser Land bietet gute Voraussetzungen für große Ansiedlungen. An dieser Stel-  
13 le sind die Autobahnen, vor allem die vollendete A 20, die Seehäfen oder der  
14 Flughafen Rostock-Laage zu nennen. In diesem Zusammenhang hat die Ent-  
15 wicklung der A 14 als europäische Nord-Süd-Verbindung eine besondere Bedeu-  
16 tung für Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Bau darf nicht so viel Zeit in Anspruch  
17 nehmen, wie für die Fertigstellung der A 20 benötigt wurde.

*Voraussetzungen  
sind gegeben*

18  
19 Mit Blick auf unsere leistungsfähigen Seehäfen hat die A 14 für Mecklenburg-  
20 Vorpommern eine zentrale Bedeutung, weil sie unserem Land den Zugang zum  
21 südosteuropäischen Wirtschaftsraum sichert. In der Konkurrenz um diesen Wirt-  
22 schaftsraum dürfen wir die Ausgangslage von Rostock gegenüber Danzig nicht  
23 gefährden. Damit unsere Häfen in Mecklenburg-Vorpommern zum Tor nach  
24 Skandinavien und zum Baltikum werden, müssen wir auch Verkehrsprojekte au-  
25 ßerhalb von Mecklenburg-Vorpommern unterstützen. Oberstes Ziel ist daher eine  
26 enge Verknüpfung der Landes- mit der Bundespolitik, denn nur wer über den  
27 sprichwörtlichen Tellerrand schaut, kann an intereuropäischen Effekten teilhaben.

28  
29 Die Osterweiterung der Europäischen Union hat zur Folge, dass Mecklenburg-  
30 Vorpommern aus einer Randlage in die Position einer wichtigen europäischen  
31 Verbindungsregion rückt. Zudem erschließt sich mit dem Ostseeraum ein poten-  
32 zieller Binnenmarkt mit über 70 Mio. Menschen.

33  
34 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für das von uns angestrebte le-  
35 bendige, dezentrale und bürgernahe Europa von elementarer Bedeutung. Ein  
36 solcher Austausch auf regionaler und kommunaler Ebene zwischen Polen und  
37 Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch bisher noch nicht den erwünschten Erfolg  
38 gebracht. Aber gerade eine intensive, unbürokratische und auf allen Ebenen statt-

*Der Blick  
gen Osten*

1 findende Zusammenarbeit ist Kosten sparend und schafft neue Impulse. Zu den-  
2 ken ist dabei beispielsweise an die Errichtung grenzüberschreitender Zweckver-  
3 bände für die Müll- und Abwasserentsorgung. Zu denken ist jedoch auch an  
4 Schulen und Kindergärten in kommunaler Trägerschaft sowie an gemeinsame  
5 Tourismus- und Naturschutzprojekte. Gerade mit Blick auf das Elbe- und Oder-  
6 hochwasser wäre ein gemeinsamer Katastrophenschutz sinnvoll. Momentan sind  
7 solche Vorhaben aufgrund einer zu komplizierten und zeitraubenden Bürokratie  
8 oft zum Scheitern verurteilt. Deshalb ist es dringend notwendig, schnellstmöglich  
9 Rahmenabkommen zu verabschieden, die den Kommunen auf der Basis völker-  
10 rechtlicher Vereinbarungen einen größeren Handlungsspielraum ermöglichen.

11  
12 Schlüsselindustrien, wie beispielsweise die Werften in den Hansestädten Ros-  
13 tock, Stralsund, Wismar und Wolgast, ziehen Arbeit und Aufträge für kleinere und  
14 mittelständische Unternehmen nach sich. Um ein gesundes und zukunftsfähiges  
15 Investitionsklima zu schaffen, sind bereits vorhandene wirtschaftliche Ballungs-  
16 zentren weiter zu unterstützen und auszubauen. Die dort schon vorhandenen  
17 Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe leben von der Industrie. Die Schaffung  
18 von Industrieansiedlungen bedeutet für die Unternehmen eine Mehrzahl von Auf-  
19 trägen und für die Bürger mehr Arbeit. Der Landesregierung ist es in den zurück-  
20 liegenden zwölf Jahren nicht gelungen, mehr innovative Betriebe, vor allem aus  
21 dem produzierenden Gewerbe, nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen. Es  
22 werden immer noch zu wenige innovative Unternehmen gegründet. Obwohl viele  
23 Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern schon innovativ tätig sind, behindern  
24 immer neue Verordnungen und Richtlinien ihre Entwicklung. Hier ist ein klarer, in  
25 die Zukunft gerichteter Kurs einer neuen Landesregierung erforderlich.

*Verbesserung des  
Investitionsklimas*

26  
27 Der Bürokratieabbau ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht vorangekommen.  
28 Überflüssige Regelungen wurden nicht außer Kraft gesetzt, Genehmigungserfor-  
29 dernisse nicht auf ein Minimum beschränkt.

*Deregulierung und  
Bürokratieabbau*

30  
31 Für Mecklenburg-Vorpommern typische Betriebe (mit weniger als 10 Beschäftig-  
32 ten) haben jährliche Bürokratiekosten von über 4.000 EUR je Beschäftigten. Die  
33 Unmenge an kommunalen, Landes- und Bundesvorschriften muss deshalb ener-  
34 gischer ausgedünnt werden, z.B. bei Verkehrs-, Entsorgungs- und Gebührensatz-  
35 zungen.

36

1 Grundsätzlich ist dem Anzeigeverfahren der Vorzug vor dem Genehmigungsver-  
2 fahren zu geben. Meldet sich die Behörde innerhalb eines bestimmten Zeitrau-  
3 mes nicht, so gilt der Antrag als genehmigt.

4  
5 Das Kammerwesen bedarf einer grundlegenden Reform. Kleinstunternehmen,  
6 die keinen originären gewerblichen Charakter haben, sollten aus der Pflichtmit-  
7 gliedschaft entlassen werden können. Zugleich ist die Möglichkeit der freiwilligen  
8 Mitgliedschaft zu eröffnen. Die Pflichtmitgliedschaft ist ansonsten notwendig, um  
9 den wirtschaftlichem und politischem Übergewicht von Konzerninteressen und  
10 einzelnen Personeninteressen entgegenwirken zu können. Die Kammern müssen  
11 gefordert und in die Lage versetzt werden, wieder ihre eigentliche Aufgabe, das  
12 Gesamtinteresse der Wirtschaft zu artikulieren, wahrnehmen. Dazu muss die  
13 innere Verfassung der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern  
14 mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz ermöglichen.

*Reform des  
Kammerwesens*

15  
16 Durch einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft kann die Binnenwirtschaft  
17 angekurbelt werden. Öffentliche Ausgaben, die nicht zur Daseinsvorsorge benö-  
18 tigt werden, müssen sich einer genauen Rentabilitätsuntersuchung stellen. Viele  
19 Aufgaben, die noch von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden, können  
20 von privatwirtschaftlichen Unternehmen übernommen werden. Die Privatisierung  
21 öffentlicher Aufgaben stärkt den Mittelstand, bringt statt höherer Staatsausgaben  
22 zusätzliche Steuereinnahmen und entlastet zusätzlich die öffentlichen Haushalte.  
23 Grundvoraussetzung ist, dass private Unternehmen diese Aufgaben zumindest  
24 gleich gut bzw. besser erledigen können. Die FDP sieht beispielsweise Potenzial  
25 in den Eichämtern, den Tourismuseinrichtungen der öffentlichen Hand, den Lan-  
26 desbeteiligungen im Bereich Wirtschaftsförderung und im Bereich der Arbeits-  
27 marktförderung.

*Rückzug des  
Staates*

28  
29 Die FDP ist eindeutig gegen eine Ausweitung des § 69 der Kommunalverfassung  
30 (wirtschaftliche Unternehmen in Privatrechtsform).

31  
32 Wesentliches Einsparpotenzial sehen wir in den unübersehbaren ressortbegrenz-  
33 ten Förderinstitutionen. Subventionen und Förderungen sollen und dürfen nicht  
34 nach dem allseits beliebten „Gießkannenprinzip“ eingesetzt werden. Unser Ziel  
35 ist eine gezielte Förderung mit einer absehbaren Begrenzung. Die FDP setzt sich  
36 für die Schaffung eines ressortübergreifenden Förderinstituts ein. Sämtliche För-  
37 derrichtlinien, Zulagen und Zuschüsse sind von diesem Förderinstitut im Interes-  
38 se von Transparenz und gleichen Startchancen bei der Fördermittelvergabe zu

*Förder- und  
Subventionspolitik*

1    verwalten. Jede Maßnahme ist entschiedener an ihrem Erfolg zu messen. So  
2    wird Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise nicht auf Dauer alle in der Ent-  
3    wicklung befindlichen Flughafenprojekte bezuschussen können. Rechtzeitig hätte  
4    hier eine Konzentration auf Schwerpunktstandorte erfolgen müssen, die Chancen  
5    haben, im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen.

6    Die Förderung von neuen Technologien und anderen Innovationen im Land wird  
7    von uns in einem Höchstmaß vorangetrieben werden. In einem Land wie Meck-  
8    lenburg-Vorpommern, mit schwacher industrieller Prägung, werden nur von neu-  
9    en innovativen Produktionen und neuen Märkten spürbare Arbeitsmarktimpulse  
10   ausgehen können.

11  
12   Junge zukunftsorientierte Unternehmen müssen durch sachgerechte Förderung  
13   an den Wettbewerb herangeführt und stabilisiert werden, um sich dann, gefestigt  
14   auf eigenen Füßen stehend, im Wettbewerb behaupten zu können. Nur wenn  
15   Jungunternehmer das Gefühl haben, dass ihre Leistung und Eigeninitiative als  
16   Selbstständige gesellschaftliche Anerkennung findet, werden sie auch motiviert  
17   sein, das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen. Der Öffentlichkeit muss daher  
18   die wichtige Rolle von Selbstständigen und Unternehmern in Wirtschaft und Ge-  
19   sellschaft verdeutlicht werden. Jede erfolgreiche Existenzgründung schafft im  
20   Durchschnitt vier bis fünf Arbeitsplätze. Das ist Grund genug, die Unübersicht-  
21   lichkeit der Förderprogramme und die bürokratischen Hemmnisse abzubauen.

22  
23   Mittelstandsförderung ist kein Selbstzweck, sondern sichert Arbeits- und Ausbil-  
24   dungsplätze.

25  
26   Die Wirtschaftsförderung soll unter dem Motto:

- 27  
28                                    ▪   **Vereinfachen**  
29                                    ▪   **Vereinheitlichen**  
30                                    ▪   **Vernetzen**

31  
32   neu geordnet werden.

33  
34   Die FDP fordert eine generell aufeinander abgestimmte Schwerpunktsetzung der    *EU - Förderpolitik*  
35   EU-Hauptfördererelemente:

- 36  
37                    ▪   Europäischer Fond für regionale Entwicklung (EFRE)  
38                    ▪   Europäischer Sozialfond (ESF)

- 1           ▪ Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen  
2           Raumes (ELER)

3  
4 Eine optimale Abstimmung der Förderprogramme zwischen den Ministerien und  
5 damit zwischen EFRE, ESF und ELER muss nutzungsabhängig erfolgen.

6  
7 Ab 2007 müssen die Schwerpunkte der EFRE-Förderung für das Programm auf:

- 8  
9           ▪ gewerbliche Wirtschaft  
10          ▪ Forschung und Entwicklung  
11          ▪ Infrastruktur

12 gerichtet sein.

13  
14 Wir treten für eine Flexibilisierung des Kapitalmarktes ein. Sparkassen sind, ge-  
15 nau so wie die genossenschaftlich geführten Banken, unverzichtbar für Deutsch-  
16 land, ganz besonders für Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind unser Partner und  
17 bieten eine flächendeckende Versorgung mit einer umfassenden Produktpalette  
18 moderner kreditwirtschaftlicher Leistungen für alle Bevölkerungsgruppen sowie  
19 unseren Mittelstand.

*Kapitalmarkt*

20 Sparkassen erfüllen mit ihrem nachhaltigen Förderengagement in allen gesell-  
21 schaftlichen Bereichen wichtige Aufgaben für die regionale Gemeinschaft, zu  
22 deren Erfüllung wegen leerer Kassen zumeist keine Mittel mehr zur Verfügung  
23 gestellt werden können. Sie unterstützen unsere Städte und Gemeinden durch  
24 ihre Arbeit direkt oder indirekt. Vor allem aber sind Sparkassen der erste Anlauf-  
25 punkt für lokale Finanzierungsinteressen und Kreditprüfungen. Sie sorgen für  
26 eine bedarfsgerechte Kreditversorgung in Mecklenburg-Vorpommern.

27  
28 Die Hartz-Gesetze haben viele Neuerungen mit sich gebracht. Darunter auch die  
29 Neuausrichtung in der Vermittlung von Arbeitslosen und –suchenden. Eine  
30 grundlegende Reform der Arbeitsverwaltung mit einer weitgehenden Verlagerung  
31 der Zuständigkeiten auf die kommunale Ebene ist ein Schritt in die richtige Rich-  
32 tung. Dazu gehört auch die Abschaffung der Personal-Service-Agenturen (PSA).  
33 Private und kommunale Strukturen wissen viel besser, welche Situation vor Ort  
34 herrscht. Sie können viel besser auf die von Arbeitslosigkeit betroffenen Men-  
35 schen eingehen als eine bürgerferne Behörde.

*Abschaffung PSA*

36 Von zunehmender Bedeutung werden permanente betriebsinterne Weiterbildun-  
37 gen werden. So genannte „Lehrjahre für ältere Arbeitnehmer“, sind aus der Zu-  
38 kunft nicht mehr wegzudenken.

1 Es gilt, die Wirtschaftskompetenz der FDP wieder für unser Land zu nutzen. Zu-  
2 sammenfassend sind das folgende Schwerpunkte:

- 4 1. **Nachhaltigkeit statt Aktionismus:** Langfristige und nachhaltige Unter-  
5 stützung der Unternehmen, besonders des Kleinst-, Klein- und Mittelstan-  
6 des. Wirtschaftspolitik muss verlässlich und effektiv sein.
- 7 2. **Helfen statt Gängeln:** Konsequenterer Abbau von Bürokratie. Den vor-  
8 handenen Personalüberhang in den Verwaltungen für einen schnelleren  
9 und besseren Service am Bürger nutzen. Ausdehnung der Modellregion  
10 westliches Mecklenburg auf ganz Mecklenburg-Vorpommern
- 11 3. **Unterstützen statt Erschweren:** Sinnvollere Unterstützung für bestehen-  
12 de Unternehmen und Existenzgründungen. Unterstützung heißt vor allem  
13 qualifizierte Versorgung mit Unternehmer-Know-how.
- 14 4. **Zukunft statt Stillstand:** Förderung von Ansiedlungen innovativer Unter-  
15 nehmen.
- 16 5. **Nutzen von Ideen statt Verschlafen von Chancen:** Umsetzen von I-  
17 deen in Produktion und Verfahren; Verbesserung des Wissenstransfers  
18 zwischen Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen und den  
19 kleinen und mittleren Unternehmen.

## 21 **2.1 Verkehrspolitik**

22  
23 Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein Standortfaktor von hohem  
24 Rang. Sie ist Grundbedingung für die Sicherung bestehender und die Ansied-  
25 lung neuer Arbeitsplätze. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat, bis auf weni-  
26 ge Ausnahmen, einen akzeptablen Stand erreicht. Dennoch ist auf diesem Ge-  
27 biet eine weitere Verbesserung notwendig, insbesondere bedarf es einer besse-  
28 ren Vernetzung aller Bereiche der Verkehrsinfrastruktur wie Straßen, Schienen,  
29 Häfen, Wasserstraßen und Flughäfen.

*Ausbau des  
Verkehrnetzes*

30  
31 Gerade angesichts eines möglichen Baus der Fehmarn-Belt-Querung ist es not-  
32 wendig, bereits genehmigte Verkehrsprojekte schnell umzusetzen, hierzu zählen  
33 wir zum Beispiel die A 241 und die A 14. Neue Verkehrsprojekte, sind unter dem  
34 Vorbehalt der tatsächlichen und zukünftig zu erwartenden Verkehrsströme durch  
35 die Querung genau zu prüfen. Mecklenburg-Vorpommern benötigt keine weiteren  
36 leeren Straßen.

*Straßennetz*

37 Die Neugestaltung der Rügenanbindung wird von uns begrüßt. Der Neubau nützt  
38 aber nur etwas, wenn ein weiterer Ausbau der B 96n bis nach Bergen mit ihr ein-

1 hergeht. Diesem Projekt muss eine hohe Priorität eingeräumt werden. Beide Pro-  
2 jekte sind für die wirtschaftliche Entwicklung der Insel Rügen, als Verkehrsdreh-  
3 scheibe Mittel- und Südeuropas via Skandinavien und Baltikum, unverzichtbar.

4  
5 Nicht nur das Straßen-, sondern auch das Schienennetz muss an die neuen  
6 Herausforderungen angepasst werden. Hierbei ist die Richtung aus wirtschaftli-  
7 cher Sicht klar vorgegeben: Weiterer Anschluss Mecklenburg-Vorpommerns an  
8 das transeuropäische Netz nach Berlin, Skandinavien und Polen.

9  
10 Der Ausbau des Straßen- und Schienennetzes hat auch für die Tourismusbran-  
11 che einen hohen Stellenwert. Deshalb werden wir Liberalen uns für eine bessere  
12 Anbindung Mecklenburg-Vorpommerns an den Schienen-Fernverkehr stark ma-  
13 chen. Die Strecke Berlin – Rostock ist auszubauen. Die Strecken Hamburg –  
14 Stralsund sowie Berlin – Stralsund (mit Abzweig nach Usedom) sollen als  
15 Schnellfahrtstrecken eingerichtet werden.

16 Wir fordern, mehr privatwirtschaftliche Unternehmen auf dem Schienennetz zuzu-  
17 lassen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Trennung von Netz  
18 und Betrieb im Schienenverkehr umgesetzt wird. Damit wird der Markteintritt pri-  
19 vater Wettbewerber erleichtert, und für die Bürgerinnen und Bürger unseres Lan-  
20 des eine bessere Versorgung zu günstigeren Preisen erreicht.

21  
22 Die weitere Sicherung sowie den Ausbau der Schifffahrts- und Fährfähigkeit im  
23 Ostseeraum, gilt es voranzubringen. Auch hier sind – mit Hinblick auf die geplan-  
24 te Fehmarn-Belt-Querung – die derzeitigen Fährstandorte in unserem Land wei-  
25 ter zu stärken. Nur so hat unsere Wirtschaft die Chance, den Wirtschaftsraum  
26 „Ostsee“ weiter zu erschließen.

*Häfen*

27  
28 Der schnelle und umfangreiche Ausbau der Wasserstraßen, insbesondere der  
29 Bundeswasserstraßen, liegt uns Liberalen angesichts der steigenden Waren-  
30 ströme auf dem Wasser sehr am Herzen. Hier bietet Mecklenburg-Vorpommern  
31 ein riesiges Potenzial. Grundlage all dessen ist ein umfangreiches Sicherheits-  
32 konzept für die Wasserstraßen und die Ostsee. Wir werden uns für die Umset-  
33 zung geltender internationaler Vereinbarungen einsetzen.

*Wasserwegenetz*

34  
35 Fragen des Verkehrs haben in unserem dünn besiedelten Flächenland für alle  
36 Bürger eine besondere Bedeutung. Die Belastungen durch die Ökosteuer und die  
37 stetig steigenden Öl- und Gaspreise, zwingen uns zu handeln. Deshalb treten wir  
38 dafür ein, dass der öffentliche Personenverkehr nicht eingeschränkt, sondern mit

*ÖPNV*

1 Hilfe eines flexiblen Verkehrsverbundes zielstrebig ausgebaut und dabei auf die  
2 Bedürfnisse verschiedenster Personengruppen zugeschnitten wird. Die Förde-  
3 rung regionaler privater Verkehrsgesellschaften zur Sicherstellung des öffentli-  
4 chen Personennahverkehrs auf Schiene und Straße ist eine der notwendigen  
5 Maßnahmen, um für die Menschen in unserem Land ein attraktives Angebot im  
6 ÖPNV erhalten und schaffen zu können.

7 Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der ÖPNV bezahlbarer, flexibler  
8 und auf die Erfordernisse einer alternden Landbevölkerung zugeschnitten werden  
9 soll.

10

11 Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist über eine Ein-  
12 führung des Führerscheins ab dem 17. Lebensjahr nachzudenken.

13

## 14 **2.2 Tourismus**

15

16 In unserem Land verdienen der Tourismus und die davon profitierenden Unter-  
17 nehmen eine besondere Beachtung und Unterstützung.

18

19 Mecklenburg-Vorpommern erfreut sich als Tourismusstandort einer immer weiter  
20 wachsenden Beliebtheit. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, wissen die  
21 vielen Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe am besten. Nur durch sie  
22 und die vielen Selbstständigen im Tourismusbereich ist es gelungen, Mecklen-  
23 burg-Vorpommern zu einer der schönsten Urlaubsregionen in Deutschland zu  
24 machen. Ihre Arbeit gilt es, weiter zu unterstützen. Aber Unterstützung bedeutet  
25 nicht noch mehr Bürokratie und nicht noch mehr staatliches Eingreifen. Das Ho-  
26 tel- und Gaststättengewerbe und die anderen Anbieter im touristischen Bereich  
27 wissen selbst, was ihnen hilft und was nicht. Der Staat darf dort nicht weiter inter-  
28 venieren. Eine Ausweitung der Testregionen zur Deregulierung – West-  
29 Mecklenburg – ist zu befürworten. Davon profitiert vor allem der wichtigste Wirt-  
30 schaftsbereich in Mecklenburg-Vorpommern, der Tourismus.

*Wirtschaft und  
Tourismus*

31

32 Die staatliche Förderung des Tourismusverbandes, die staatlich finanzierten  
33 Werbemaßnahmen zur Förderung des Tourismus und die im Bereich des Tou-  
34 rismus laufenden Einzelkampagnen müssen regelmäßig mit dem Ziel überprüft  
35 werden, Mehrfachzuständigkeiten und wettbewerbsverzerrende Überförderungen  
36 sowie die Entstehung eines Kosten verursachenden Verwaltungsüberbaus zu  
37 vermeiden. Nur ein weiterer Bürokratieabbau kann der Entwicklung des touristi-  
38 schen Bereichs weiterhelfen.

*Deregulierung*



<p>1 Beim Bau neuer touristischer Anlagen und Hotels ist uns Liberalen wichtig, dass  2 der Subventionsabbau vorangetrieben wird. Ansonsten besteht die Gefahr, dass  3 Strukturen und Überkapazitäten geschaffen werden, die den Markt in seinem  4 Aufbau verzerren. Bestehende Angebote, insbesondere die vielen in Familienbe-  5 sitz befindlichen Betriebe, Hotels, Pensionen und Gasthöfe, dürfen keiner weite-  6 ren Gefahr einer Destabilisierung ausgesetzt werden.</p>	<p><i>Subventionsabbau</i></p>
<p>7  8 Wir wollen eine Überprüfung von Gesetzen, Standards und Regelungen im deut-  9 schen und europäischen Vergleich, um unsere Tourismuswirtschaft in Deutsch-  10 land und in der EU konkurrenzfähig zu machen. Auch über ein Hinwirken auf re-  11 duzierte Mehrwertsteuersätze für das Gastronomie- und Hotelgewerbe, ist nach-  12 zudenken.</p>	<p><i>Überprüfung von Verordnungen und Gesetzen</i></p>
<p>13  14 Kampagnen wie „M-V tut gut“ und „Standortoffensive“, sind nicht nur einer stän-  15 digen Erfolgskontrolle zu unterziehen, sondern an ihrer Ausarbeitung müssen  16 zukünftig professionelle Touristiker und Werbestrategen mitwirken. Denn nur die  17 Branche selbst weiß, was für sie Erfolg versprechend ist.</p>	<p><i>Kampagnen brauchen Experten</i></p>
<p>18  19 Weiterhin streben wir eine Fortentwicklung des sanften Tourismus an. Deshalb  20 werden wir uns für einen weiteren Ausbau der Fahrrad-, Reit-, Wander-, Skater-  21 und Wasserwanderwege in ganz Mecklenburg-Vorpommern einsetzen. Diese  22 touristischen Infrastrukturen müssen weiter ein hohes Niveau aufweisen. Meck-  23 lenburg-Vorpommern muss zur starken Marke im Tourismus ausgebaut werden.  24 Dies beinhaltet auch eine Ausrichtung auf neue Tourismusefelder.</p>	<p><i>Fortentwicklung der Marke „M-V“</i></p>
<p>25  26 Wichtig ist uns vor allem aber auch die Verbesserung des barrierefreien touristi-  27 schen Angebotes. Menschen mit Behinderungen sollten nicht aufgrund eines  28 eingeschränkten Angebotes auf ihren Urlaub in unserem schönen Land verzich-  29 ten müssen.</p>	<p><i>Barrierefreier Tourismus</i></p>
<p>30  31 Des Weiteren wird sich die FDP für eine dauerhafte Liberalisierung der Ladenöff-  32 nungszeiten einsetzen. Touristen darf nicht die Möglichkeit genommen werden,  33 an ihrem Urlaubsort auch abends ihren Einkaufswünschen nachzugehen. Diese  34 Selbstverständlichkeit gehört genauso wie ein reichhaltiges Tourismusangebot zu  35 den so genannten weichen Standortfaktoren. Jeder Ladenbesitzer muss selbst  36 entscheiden können, wann und wie lange er sein Geschäft öffnen möchte.</p>	<p><i>Öffnungszeiten</i></p>
<p>37</p>	

1 Nicht zuletzt sprechen wir Liberalen Mecklenburg-Vorpommerns uns klar gegen  
2 die Einrichtung des Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide aus.

*NEIN zum  
Bombodrom*

## 2.3 Landwirtschaft

6 Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft ist eine erfolgreiche, innovative und  
7 leistungsorientierte Branche der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser  
8 Bereich hat für die FDP einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb werden wir für  
9 einen verlässlichen Handlungsrahmen landwirtschaftlicher Betriebe kämpfen.

*Landwirtschaft  
gehört zu M-V*

10 Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Land-, Forst- und  
11 Fischereiwirtschaft sowie die Järgergesellschaften haben für die Erhaltung und  
12 Pflege unserer Kulturlandschaft mehr geleistet als jede Öko-Steuer. Für Natur-  
13 schutz und Fremdenverkehr ist eine ökologisch verträgliche und mit Verständnis  
14 für kulturelle Traditionen betriebene Landwirtschaft ein wichtiger Partner.

16 Ökologischer Landbau und eine großflächige Landwirtschaft schließen einander  
17 nicht aus. Die Umstellung konventionell wirtschaftender Betriebe auf alternativen  
18 Landbau ist eine Möglichkeit der Extensivierung wie auch der Verbreiterung des  
19 Angebots landwirtschaftlicher Produkte. Sie ist zu fördern, sofern ein Markt für  
20 diese Produkte besteht. Wir Liberalen lehnen eine überzogene Propagierung und  
21 finanzielle Unterstützung ökologischer Produktion neben der EU-Förderung ab.

*Ökologie und  
Landwirtschaft*

23 Wir brauchen Masse und Klasse. Vorrangiges Ziel ist dabei die Versorgung der  
24 Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus allen Produktions-  
25 richtungen. Der Verbraucher ist objektiv über die Qualität der landwirtschaftlichen  
26 Erzeugnisse zu informieren – sowohl über ökologische als auch konventionell  
27 erzeugte Produkte.

*Masse und Klasse*

29 Die FDP setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die die Landwirte nicht bevormundet,  
30 sondern Freiraum für unternehmerische Fähigkeiten lässt und damit unternehme-  
31 rische Gestaltungsspielräume gewährleistet. Der unternehmerisch denkende und  
32 handelnde Landwirt steht im Mittelpunkt liberaler Agrarpolitik.

*Keine  
Bevormundung  
der Landwirte*

34 Die Landwirtschaft befindet sich in einem ständigen Entwicklungs- und Anpas-  
35 sungsprozess, der den landwirtschaftlichen Unternehmen große Kreativität und  
36 Flexibilität abverlangt. Unser Ziel ist es deshalb, künftig eine wettbewerbsfähige  
37 flächendeckende, innovative und verbraucherorientierte Landwirtschaft zu erhal-  
38 ten und gleichzeitig zu sichern. Die Agrarreform 2004/2005 hat mit der Entkoppe-

*Liberaler  
Agrarpolitik*

1 lung der Direktzahlungen von der Produktion den Weg und die Notwendigkeit zu  
2 mehr Marktorientierung für Landwirte vorgezeigt. Allerdings hat sie auch durch  
3 Cross-Compliance und neue Prämienrechte zu erheblich mehr Bürokratie ge-  
4 führt, die von den Landwirten bewältigt werden muss.

5  
6 Die FDP wird sich für ein System einsetzen, das die Antrags- und Verwaltungs-  
7 verfahren vereinfacht und flächengebundene Ausgleichszahlungen in den Mittel-  
8 punkt stellt.

*Vereinfachung von  
Antragsverfahren*

9  
10 Eine gute Agrarpolitik darf langfristig existenzfähige Betriebe nicht in ihrer wirt-  
11 schaftlichen Entwicklung behindern. Wir sprechen uns deshalb gegen Förder-  
12 obergrenzen und eine überproportionale Belastung größerer Betriebe, gleich  
13 welcher Rechtsform, aus. Die Agrarpolitik des Bundes und der EU darf nicht ge-  
14 gen die Landwirtschaft ganzer Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und die  
15 neuen Bundesländer insgesamt gerichtet sein.

*Gegen  
Förderobergrenzen*

16  
17 Wer Wettbewerb will, muss für vergleichbare Rahmenbedingungen sorgen. Nati-  
18 onale Sonderwege passen nicht in eine europäische Agrarpolitik und verstärken  
19 die vorhandenen Kostennachteile unserer Landwirte gegenüber denen europäi-  
20 scher Wettbewerber. Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darf nicht  
21 durch überzogene Auflagen im Vergleich zu anderen Regionen und Mitglieds-  
22 staaten der EU benachteiligt werden. Deshalb müssen unnötige bürokratische  
23 Auflagen, die über das EU-Recht hinausgehen, an dieses angepasst werden.  
24 Dies betrifft vor allem Anforderungen im Umweltschutz, im Pflanzenschutz, in der  
25 Tierhaltung und in der Produktionstechnik. Die FDP setzt sich für den Erhalt glei-  
26 cher Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein. Unterschiedliche Produkti-  
27 onsaufgaben und steuerliche Belastungen führen zu internationalen Wettbe-  
28 werbsverzerrungen.

*Gleiche  
Wettbewerbsbedin-  
gungen in der EU*

29  
30 Die Vermarktungsstruktur für Veredelungsprodukte wie Milch, Milchprodukte und  
31 Fleisch, ist weiter zu entwickeln, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die  
32 Entwicklung marktfähiger Produkte und ihre Markteinführung sind zu fördern. Die  
33 Belieferung der Zentren im Land – wie auch der Metropolen Hamburg und Berlin  
34 – mit frischen Lebensmitteln könnte in weitaus stärkerem Maße durch Betriebe  
35 aus Mecklenburg-Vorpommern erfolgen. Es müssen weitere Anstrengungen un-  
36 ternommen werden, die Produkte aufgrund ihrer Qualität zu verkaufen und nicht  
37 durch Preisdumping zu verschleudern. Durch die gemeinsame Vermarktung tou-

*Wettbewerbsfähig-  
keit stärken*

1 ristischer Angebote mit ausgesuchten Spezialitäten aus Mecklenburg-  
2 Vorpommern, ist die Bekanntheit unserer Produkte weiter zu verbessern.

3  
4 Die landwirtschaftliche Produktion muss auf eine nachhaltige Bewirtschaftung  
5 und umweltgerechtes Handeln abzielen. Naturschutz kann nur mit den Landwir-  
6 ten – und nicht gegen sie – sinnvoll umgesetzt werden. Bewirtschaftungsein-  
7 schränkungen, die über die allgemein geltenden gesetzlichen Grundlagen hi-  
8 nausgehen, müssen daher angemessen ausgeglichen werden. Pflegemaßnah-  
9 men in Schutzgebieten sind an Landwirte zu vergeben, statt sie von kostenträch-  
10 tigen Verwaltungen durchführen zu lassen. Eine extensive Bewirtschaftung im  
11 Rahmen des Vertragsnaturschutzes muss Vorrang vor der Ausweisung von  
12 Schutzgebieten, z.B. FFH-Gebieten, haben. Die FDP setzt sich für den Erhalt  
13 ökologisch gewachsener Strukturen ein.

*Nachhaltigkeit*

14  
15 Mit der Entwicklung auf den Energiemärkten gewinnen Land- und Forstwirte auch  
16 als Produzenten von Nachwachsenden Rohstoffen immer mehr an Bedeutung.  
17 Landwirte haben die Chance, sich damit ein weiteres Produktionsfeld zu er-  
18 schließen. Wir treten für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur ver-  
19 stärkten Nutzung Nachwachsender Rohstoffe ein. Weitere Anstrengungen in der  
20 Forschung, Entwicklung und der Markteinführung von Produkten aus Nachwach-  
21 senden Rohstoffen werden von der FDP unterstützt.

*Nachwachsende  
Rohstoffe*

22  
23 Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse moderner Züchtungsme-  
24 thoden, wie der Grünen Gentechnik, auch der heimischen Landwirtschaft zur  
25 Verfügung stehen. Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind vielfältig. Vor lau-  
26 ter Besorgnis über mögliche Risiken, darf man die Augen nicht vor den Chancen  
27 verschließen, die sich für die Verbraucher und die Landwirtschaft durch eine  
28 Verminderung von Umweltbelastungen, eine Verbesserung von Nahrungsmitteln  
29 und die Optimierung Nachwachsender Rohstoffe ergeben. Vor dem Anbau  
30 durchlaufen genetisch veränderte Kulturpflanzen ein umfangreiches Zulassungs-  
31 verfahren, um die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und  
32 Futtermittel zu sichern. Die Rahmenbedingungen für die Grüne Gentechnik müs-  
33 sen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher angemessen berücksich-  
34 tigen, den Produzenten in der Land- und Ernährungswirtschaft Planungssi-  
35 cherheit gewährleisten und Innovationen in Deutschland ermöglichen.

*Grüne Gentechnik*

36 Die Verbraucher haben Anspruch auf eine vollständige Information über Inhalts-  
37 stoffe der von ihnen gekauften Lebensmittel. Die Kennzeichnungspflicht und die

1 Vorschriften über die Rückverfolgbarkeit dienen der Verbraucherinformation und  
2 tragen dazu bei, die Wahlfreiheit zu verwirklichen.

3

4 Die Fischereiquotenverteilung zwischen den Nordländern muss zu Gunsten un-  
5 seres Landes verbessert werden. Fanggebiete sind zu sichern. Der Fischerei-  
6 wirtschaft sollen zusätzliche Geschäftsfelder, z.B. im Tourismus, eröffnet werden.

*Fischerei*

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

### 3. Kultur

---

1

2

3 Kultur ist die wesentliche Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie  
4 führt Menschen zusammen und veranlasst uns, über die Werte in unserer Ge-  
5 sellschaft nachzudenken und unser Leben zu gestalten. Darüber hinaus verkör-  
6 pert Kultur in einem Tourismusland wie Mecklenburg-Vorpommern einen wichti-  
7 gen Teil unserer Wirtschaft. Viele Unternehmer, Freiberufler und Selbstständige  
8 sind im Kulturbereich tätig. Es sind aber nicht nur sie, die die Kultur bereichern;  
9 ohne die vielen Freiwilligen und Senioren, die sich engagieren, wären viele Kul-  
10 tureinrichtungen nicht mehr am Leben zu erhalten.

*Basis des  
Zusammenhalts*

11

12 Mecklenburg-Vorpommern besticht durch sein reichhaltiges und vielfältiges Kul-  
13 turleben. Dieses breite kulturelle Angebot holt Touristen in unser Land. Aus die-  
14 sem Grund ist das „Kaputtsparen“ der jetzigen Landesregierung ein völlig ver-  
15 kehrter Denkansatz. Ausgaben für Kunst und Kultur sind in ihrem Wert nicht zu  
16 unterschätzen. Sie dürfen bei Haushaltsdiskussionen nicht zuerst auf der Streich-  
17 liste stehen.

*Kultur braucht  
Planungssicherheit*

18

19 Die Landespolitik darf sich daher nicht aus der Verantwortung für ein abwechs-  
20 lungsreiches Kulturleben ziehen. Für uns steht es außer Frage, dass die Kultur  
21 und deren Erhaltung als Ziel im Grundgesetz verankert werden müssen. Dafür  
22 werden wir uns auf Landesebene einsetzen.

*Kultur gesetzlich  
verankern*

23

24 Die Förderung von Kultur ist eine unverzichtbare öffentliche und gesellschaftliche  
25 Aufgabe. An dem reichhaltigen Angebot kultureller Einrichtungen in Mecklenburg-  
26 Vorpommern wollen wir festhalten und weitere Schwerpunkte setzen. Die Bedin-  
27 gungen und Anreize für ein bürgerliches Engagement im Bereich der Kultur müs-  
28 sen weiter verbessert werden. Dazu können unter anderem auch die betreffen-  
29 den Beschlüsse der Altenparlamente umgesetzt werden. Senioren bringen sich  
30 seit Jahren im kulturellen Bereich erfolgreich ein. Dies muss weiter unterstützt  
31 werden.

*Bürgerliches En-  
gagement stärken*

32

33 Auch den Einsatz privater Mittel, insbesondere in Form privaten Stiftungskapitals,  
34 gilt es zu fördern. Hierzu ist auf eine weitere Verbesserung des Stiftungs- und  
35 Stiftungssteuerrechts hinzuwirken. Die FDP wird sich für eine bundesweite Re-  
36 form des Gemeinnützigkeitsrechts dahingehend einsetzen, dass die tatsächli-  
37 chen Aufwendungen auch von der Steuerschuld abgesetzt werden können. Auch  
38 die Einrichtung von Stiftungen des öffentlichen Rechts muss gerade für Kommu-

*Kultur braucht  
Freiheit*

1    nen vereinfacht werden. Denn sie sind Träger vieler wertvoller Kultureinrichtun-  
2    gen – Kulturpolitik ist Kommunalpolitik. Das Land muss sich in diesem Bereich  
3    klar auf seine Kernaufgaben konzentrieren – die heißen: Bewirtschaftung und  
4    Förderung von Kulturgütern mit landesweiter Bedeutung, wie z.B. von Theatern  
5    und Festspielen.

6  
7    Stiftungen des öffentlichen Rechts ermöglichen neben den für die Kommunen  
8    mittlerweile lebensnotwendigen Einsparungen auch eine längere Planungssi-  
9    cherheit für die staatlichen Einrichtungen, da Zuschüsse im Rahmen der Rechts-  
10   akte zur Schaffung einer solchen Stiftung langfristig festgeschrieben werden  
11   müssen. Zudem erhalten die Einrichtungen dadurch eine größere Unabhängig-  
12   keit in Bezug auf die Politik. Einer freien Entwicklung, einer Schärfung der Profile  
13   und des Potenzials steht dann nicht mehr das Bangen um Zuschüsse im Weg.  
14   Die Einrichtungen werden aus den Haushalten der Kommunen und Gemeinden  
15   herausgelöst. Dies hat zur Folge, dass die erzielten Einnahmen den Kulturein-  
16   richtungen direkt zur Verfügung stehen. Grundlage für ein neues Stiftungsrecht in  
17   Mecklenburg-Vorpommern soll das Berliner Stiftungsrecht bilden.

18  
19   Die FDP spricht sich dafür aus, die Kulturförderung des Landes in eine langfristi-  
20   ge Förderung umzugestalten. Mit den Kultureinrichtungen, die durch das Land  
21   gefördert werden, sollen langfristige Verträge abgeschlossen werden. Dadurch  
22   entsteht auf beiden Seiten eine Planungssicherheit, die heute nicht vorhanden  
23   ist. Denn im Gegensatz zu den kommunalen Einrichtungen können private Kul-  
24   turträger nicht gänzlich in Stiftungen überführt werden. Nichtsdestotrotz brauchen  
25   auch diese eine gewisse Planung ihrer Mittel, damit auch langfristige Projekte  
26   und eine Weiterentwicklung der Einrichtungen möglich sind. Bisher mussten För-  
27   dermittel des Landes stets mit der Aufstellung eines neuen Haushaltes neu bean-  
28   tragt werden. Dadurch waren sie den Schwankungen der Haushaltslage nur allzu  
29   stark unterworfen, und viele Träger wurden durch die plötzliche Reduzierung der  
30   Zuwendungen an den Rand des Ruins gebracht. Durch die Umstellung auf eine  
31   längerfristige Förderung soll dies in Zukunft vermieden werden. Freie Träger er-  
32   halten so die Chance, sich auf drohende Kürzungen vorzubereiten, da sie bereits  
33   ein bis zwei Jahre vor der Zuwendungsreduzierung davon in Kenntnis gesetzt  
34   werden.

*Kultur braucht  
Sicherheit*

35  
36  
37  
38

## 4. Gesundheit

*Ambulante ärztliche Versorgung*

Mecklenburg-Vorpommern hat das ehrgeizige Ziel, das Gesundheits- und Wellness-Bundesland zu werden. Einen Anspruch auf diese Position kann aber nur stellen, wer die Bedeutung der Gesundheit als Wirtschaftsfaktor erkennt. Um dies erreichen zu können, ist es notwendig, das ambulante und stationäre Gesundheitssystem zu reformieren und an die Besonderheiten unseres Landes anzupassen. Grundsätzlich gelten dabei die überregionalen liberalen Forderungen nach mehr Wettbewerb der Versicherer und Leistungserbringer und nach mehr Transparenz für die Versicherten.

Bereits heute besteht die Bedrohung durch „weiße Flecken“ mit fehlender ambulanter ärztlicher Versorgung. Tendenziell wird sich die Situation verschärfen. Fehlende ambulante Arztstrukturen müssen teilweise teuer durch stationäre Versorgung kompensiert werden.

Wir Liberalen fordern daher:

1. Flexibilisierung der ambulanten ärztlichen Versorgung durch Aufhebung der Zulassungs- und Budgetgrenzen; Liberalisierung der Werbungs-, Vertrags- und Organisationseinschränkungen.
2. Stärkung des Hausarztes als Hilfesteller des Patienten durch das Gesundheitssystem bei gleichzeitiger Wahlfreiheit der Patienten.
3. Vereinfachung des Zulassungssystems für Haus- und Fachärzte, Schaffung von Möglichkeiten für Zweitpraxen von Ärzten, die in ländlichen Regionen tätig sind.
4. Absicherung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung durch landesseitige Unterstützung von Praxisgründungen mit Investitionszulagen.
5. Stärkung und Fortentwicklung der Qualitätssicherung

Die ambulante Pflege gewinnt weiter an Bedeutung. Im Rahmen betreuter Wohnformen oder durch den Umbau der eigenen Wohnung können immer mehr Menschen, insbesondere ältere Mitbürger, länger im angestammten Wohnumfeld verbleiben. Neben der Betreuung durch pflegende Angehörige ist dafür eine fachlich qualifizierte ambulante Pflege Voraussetzung. Für alle altersgerechten Angebote muss ein Grundsatz gelten: Selbstständige Lebensführung statt Betreuung.

*Ambulante Pflege*



1 Immer mehr Landkreise haben sich aus der investiven Förderung ambulanter  
2 Pflegedienste zurückgezogen. Aufgrund der Bundesgesetzgebung werden die  
3 Investitionskosten auch von den Pflegekassen nicht übernommen. Die Pflege-  
4 dienste stellen diese Kosten somit direkt dem Patienten in Rechnung. Dadurch  
5 wird der Bezug ambulanter Pflege abhängig vom Einkommen. Gerade dies sollte  
6 durch die Einführung der Pflegeversicherung vermieden werden.

7 Um die Wirkung der Pflegeversicherung im ambulanten Bereich nicht zu gefähr-  
8 den, fordert die FDP in Mecklenburg-Vorpommern daher:

9

- 10 1. Änderung des Landespflegegesetzes und Einführung einer Sub-  
11 jektförderung zur Finanzierung von Investitionskosten der ambu-  
12 lanten Pflegedienste für sozial- und einkommensschwache Patien-  
13 ten.
- 14 2. Gezielte Unterstützung der Kommunen, hochwertige betreute  
15 Wohneinheiten zu fördern, damit Mecklenburg-Vorpommern Pflege  
16 als Gesundheitsleistung anbieten kann.
- 17 3. Fortschreibung des Altenseniorenprogramms „Älter werden in  
18 Mecklenburg-Vorpommern“, um der Alterstruktur unserer Bevölke-  
19 rung Rechnung zu tragen.

20

21 Der Ausstieg aus der staatlichen Objektförderung und der Bedarfsplanung nach  
22 Kassenlage im vergangenen Jahr wird von uns begrüßt. Um die noch vorhande-  
23 nen Ungerechtigkeiten im Wettbewerb und die damit verbundenen Folgen für die  
24 Patienten zu beseitigen, müssen finanzielle Übergangslösungen entwickelt wer-  
25 den. Ohne eine staatliche Planung und Kontrolle wieder einzuführen, soll vom  
26 Land Mecklenburg-Vorpommern ein Umschuldungsprogramm aufgestellt werden.  
27 Den betroffenen Trägern muss gegenüber den finanzierenden Banken mit Unter-  
28 stützung der Landesregierung eine Tilgungsstreckung ermöglicht werden, die sie  
29 wieder wettbewerbsfähig macht. Das vor einigen Jahren erneuerte Landespfle-  
30 gegesetz ist im Hinblick auf Gerechtigkeitslücken zu überprüfen.

31

32 Grundsätzlich gilt auch bei der Rehabilitation der Grundsatz: *ambulant vor statio-*  
33 *när!* Es sind Modelle zu fördern, die die körperliche und geistige Rehabilitation  
34 von Patienten im persönlichen Umfeld fördern. Die Ansiedlung ambulanter Reha-  
35 bilitationszentren ist im Rahmen von Modellprojekten zu unterstützen. In ihnen  
36 kann gesundheitliche Rehabilitation parallel zur beruflichen Wiedereingliederung  
37 erfolgen. Derartige Modelle sind langfristig Kosten sparend.

*Rehabilitation*

1 Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern ist für eine stärkere Ausrichtung des Wett-  
2 bewerbs im Krankenhaussystem. Die qualitativ und wirtschaftlich beste Lösung  
3 muss sich durchsetzen. Das Festhalten an der antiquierten Krankenhausbetten-  
4 planung gefährdet dieses Ergebnis jedoch. Eine moderne effiziente, qualitäts-  
5 und leistungsorientierte Krankenhausplanung fördert die medizinische Höchst-  
6 leistung und sichert die Versorgung mit stationären Grundleistungen, insbeson-  
7 dere in ländlichen Regionen. Eine entsprechende Planung der Leistungsbedürf-  
8 nisse kann nur partnerschaftlich mit allen Beteiligten realisiert werden. Grund-  
9 sätzlich sollen dabei private und freie gemeinnützige Träger von Krankenhäusern  
10 eine besondere Berücksichtigung finden Nach erfolgreicher Planung sollte sich  
11 das Land weitgehend aus der Steuerung und Kontrolle zurückziehen und nur bei  
12 zu erwartenden strukturellen Defiziten steuernd in die stationäre Versorgung ein-  
13 greifen.

*Krankenhaus-  
versorgung*

14  
15 Zu einem Gesundheitsland gehört auch die Spitzenforschung im Life Science  
16 Bereich: Gesundheitsprävention, Gesundheitstourismus, prophylaktische Senio-  
17 renpflege. Hier gibt es in Mecklenburg-Vorpommern weiter ausbaubare Potenzia-  
18 le.

*Potenziale im  
Gesundheitsbereich  
nutzen*

19  
20 Freie Kapazitäten im Gesundheitswesen Mecklenburg-Vorpommerns müssen  
21 deutschland-, europa- und weltweit durch ein verstärktes Marketing beworben  
22 werden. Dabei werden wir uns für die Einrichtung einer Marketingagentur einset-  
23 zen, die Gesundheitsleistungen aus Mecklenburg-Vorpommern weltweit vermark-  
24 tet. Das sichert Arbeitsplätze und verstärkt den Ruf Mecklenburg-Vorpommerns,  
25 ein „Gesundheitsland“ zu sein. Ein verstärkter Gesundheitstourismus sichert  
26 auch die medizinische Versorgung der einheimischen Bevölkerung finanziell und  
27 strukturell ab.

*Gesundheitsexport*

28  
29 Der nachweislich zunehmende Gebrauch legaler Suchtstoffe und die ineffiziente  
30 Politik der Landesregierung bezüglich legaler wie illegaler Suchtmittel, kollidieren  
31 mit unserem Anspruch, „Gesundheitsland“ zu sein. Die FDP Mecklenburg-  
32 Vorpommern fordert daher:

*Gesundes M-V*

- 33  
34 1. Die Erarbeitung eines konzentrierten Handlungsrahmens gegen Sucht  
35 und Drogen.  
36 2. Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen.  
37 3. Den Ausbau eines umfangreichen und zielgruppenadäquaten Präventi-  
38 onsprogramms.

1 Die FDP setzt sich für die Stärkung einer präventiv arbeitenden Sucht- und Dro-  
2 genberatung ein.

3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

## 5. Umwelt- und Naturschutz

---

1

2

3 Mecklenburg-Vorpommern ist ein vorwiegend agrarisch geprägtes Flächenland  
4 (23.178 km<sup>2</sup>).

*Ein Land mit  
Ressourcen und  
Potenzial*

5 Unser Land muss es schaffen, sein naturräumliches Potenzial als  
6 Entwicklungsmöglichkeit zu erkennen und diese Stärke zur Schaffung von  
7 Arbeitsplätzen im Umwelt-, Landwirtschafts- und Tourismusbereich umzusetzen.

8 Die kreative Anwendung der in diesem Bereich geltenden Gesetze und  
9 Vorschriften ermöglicht die Umsetzung von Entwicklungsplänen in Industrie,  
10 Handel und Tourismus. Deshalb stellt die ideologiefreie Betrachtung von Umwelt  
11 und Landwirtschaft eine dringende Voraussetzung dar.

12

13 Wir stehen für einen nachhaltigen Schutz der Natur und unserer Lebensgrundla-  
14 gen. Wir sichern die Lebensqualität künftiger Generationen sowie die natürlichen  
15 und gesellschaftlichen Ressourcen. Umweltpartnerschaften sind in Bezug auf die  
16 zunehmende Globalisierung auch für Mecklenburg-Vorpommern sinnvoll.

*Natur ist  
Lebensqualität*

17

18 Die rot-rote Landesregierung liefert ein Musterbeispiel für konzeptlosen Öko-  
19 Aktionismus ohne Rücksicht auf ökonomische Kosten. Andauernd neue Verord-  
20 nungen, Auflagen und Verbote, rein aus Prestige Gründen, demotivierende Ge-  
21 setzesnovellen im Abfall- und Naturschutzrecht, tragen nicht zum Schutz und zur  
22 Nutzung der Umwelt bei, sondern verhindern vernünftiges Wirtschaften, vernich-  
23 ten Arbeitsplätze und schaden somit Mecklenburg-Vorpommern.

*Deregulierung*

24 Unser liberales Konzept lautet: Naturschutz und Umweltpolitik nicht gegen die  
25 Menschen, sondern mit ihnen und vor allem für sie.

26 Wir fordern daher eine engere Zusammenarbeit der Wirtschaft im Umweltschutz-  
27 bereich. Die freiwillige Teilnahme am Öko-Audit muss in Form von Entlastungen  
28 bei der Berichtspflicht und auch bei Genehmigungsverfahren berücksichtigt wer-  
29 den. Der Öko-Audit beinhaltet, dass teilnehmende Unternehmen eine Umwelter-  
30 klärung zu veröffentlichen haben, in der sie über die direkten und indirekten  
31 Auswirkungen ihres Handelns auf die Umwelt, ihre Umweltleistung und -ziele  
32 berichten müssen.

*Öko-Audit*

33 Wir Liberalen stehen für eine ausgewogene Landschaftsplanung und -  
34 entwicklung. Die Schaffung von Entwicklungszentren, in denen wirtschaftliche

*Planung schafft  
Sicherheit*

1 und wissenschaftliche Schwerpunkte gesetzt werden, verringert den Flächen-  
2 verbrauch und führt zu industriellen Schwerpunkten mit Ausstrahlung in die Flä-  
3 che. Infrastrukturelle Verbesserungen dienen der Arbeitsplatzschaffung. Deshalb  
4 ist eine gezielte Ansiedlungspolitik von Unternehmen planerisch zu begleiten.  
5 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen müssen grundsätzlich vorher geklärt und  
6 somit eine Ansiedlung erleichtert werden. Es ist zu überprüfen, ob durch die Zu-  
7 sammenlegung dieser Maßnahmen eine planerische Vereinfachung und damit  
8 eine zeitliche Straffung erreicht werden kann. Eine Koordinierung der bei Er-  
9 schließungen zu beachtenden Gesetze und Vorordnungen, wie z.B. der Wasser-  
10 rahmenrichtlinie, Natur- und Bodenschutz und FFH-Richtlinie, sind auf den jewei-  
11 ligen Ebenen begleitend vorzunehmen.

12 Dort, wo Landschaftselemente einen Schutzstatus haben, sind durch Manage-  
13 mentpläne Inhalte von potentieller Nutzung und Schutz abzustimmen. Flächenei-  
14 gentümern und Nutzern muss bei Ertragsverringerung über den Vertragsnatur-  
15 schutz ein Ausgleich zukommen. Nur so bleibt die Kulturlandschaft erhalten, nur  
16 so können sich Schutzgebiete besser entwickeln. Die ganzheitliche nachhaltige  
17 Förderung der herrlichen Mecklenburger Landschaft ist Ziel liberaler Umweltpoli-  
18 tik.

*Natur- und Um-  
weltmanagement*

19  
20 Die FDP setzt konsequent auf die Anwendung energiesparender Systeme. Eine  
21 sichere und umweltfreundliche Energiepolitik bildet die Grundlage der wirtschaft-  
22 lichen Entwicklung und ist von erheblicher Bedeutung für die Standortqualität.  
23 Wir stehen für einen technikoffenen Energiemix. In Mecklenburg-Vorpommern  
24 überwiegen Kraftwerke mit fossilem Energieträger. Hier ist zur Aufrechterhaltung  
25 der Energiesicherheit beim weiteren Ausbau auf die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-  
26 Ausstoßes hinzuwirken. Eine durchgängige Kraft-Wärmekopplung ist anzustre-  
27 ben. Erneuerbare Energien wie Fotovoltaik, Erdwärme, Biomasse und Windkraft  
28 tragen wesentlich zum Klimaschutz bei und werden in den nächsten Jahren  
29 durch eine Steigerung des Wirkungsgrades zunehmen. Dabei darf durch eine  
30 einseitige Subventionierung dieser Energiequellen keine Belastung der End-  
31 verbraucher aufgebaut werden. Lokale und regionale, ökologisch und ökonomisch  
32 sinnvolle Lösungen werden sich in Zukunft immer mehr am Markt behaupten  
33 können. Gerade größere Off-Shore-Windparks außerhalb von Beeinflussungsgrenzen  
34 von Wohn- und Tourismusgebieten bilden eine hohes Entwicklungs- und Innovationspotential.  
35 Die landseitigen Windanlagen sind, wenn  
36 möglich, ebenfalls in Energieparks zusammenzufassen, um eine optische Beein-  
37 trächtigung der Natur zu reduzieren. Nur durch Innovationen auf dem Energie-

*Energiemix*

*Erneuerbare  
Energien*

1 sektor können zusätzliche Arbeitsplätze in Entwicklung und Produktion geschaf-  
2 fen werden. Dazu zählen ebenfalls neue Technologien der Energieerzeugung  
3 und -speicherung, wie z.B. der Brennstoffzelle. Ein ausgewogener Energiemix  
4 schafft Versorgungssicherheit. Er muss sich künftig im Wettbewerb entwickeln  
5 und sollte nicht Gegenstand politischer Planung sein. Zu einer Politik für Versor-  
6 gungssicherheit und Klimaschutz gehört es, eine Offensive zur Energieeinspa-  
7 rung zu starten. Denn Energie, die nicht verbraucht wird, muss erst gar nicht pro-  
8 duziert werden.

*Energieeinsparung*

9  
10 Ziel ist die Vermeidung von Abfall und die Förderung einer effizienten Kreislauf-  
11 wirtschaft. Die EU-Gesetzgebung sieht vor, dass kein unbehandelter Abfall mehr  
12 deponiert werden darf. Nur biologisch und chemisch inaktive Stoffe dürfen auf  
13 einer Deponie gelagert werden. Dies hat zur Folge, dass von den Entsorgern  
14 Anlagen vorgehalten??? werden müssen, die diesen Vorschriften entsprechen.  
15 Nur ein geringer Teil des anfallenden Mülls aus Industrie und Haushalten ist aber  
16 wirklich Restmüll. Auch hier zeigt sich wieder die unterschiedliche Herange-  
17 hensweise. Warum soll es bei dem heutigen Stand der Technik nicht möglich  
18 sein, mehr auf Verwertung als auf Deponierung zu setzen? Recyclebare Stoffe  
19 können wieder aufbereitet werden, hochkalorische Fraktionen sind der thermi-  
20 schen Verwertung zuzuführen, und die Schlacken können Verwendung in der  
21 Baustoffindustrie finden. Der Aufbau einer Recycle- und Wertstoffindustrie ist  
22 dringend notwendig. Die Zusammenarbeit zwischen Entsorger und Forschern an  
23 Universitäten und Instituten, gilt es weiter zu fördern. Die teils ideologisch be-  
24 gründete Bevorzugung der biologisch-mechanischen Anlagen ist keine dauerhaf-  
25 te Lösung.

*Abfallvermeidung*

*Verwertung statt  
Deponierung*

26  
27 Kommunale und private Entsorger befinden sich in einem Wettbewerb. Die FDP  
28 setzt auch hier bewusst auf die Marktmechanismen, denn hohe Entsorgungs-  
29 preise wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

*Gesunder Wett-  
bewerb unterein-  
ander*

30  
31 Eine Besonderheit stellt das Baggergut für Mecklenburg-Vorpommern dar. Die  
32 schadstofffreien Mengen können auf landwirtschaftlichen Flächen bei Einhaltung  
33 des Bodenschutzes verbracht werden. Dies wird durch die Ökologisierung der  
34 Landwirtschaft in den kommenden Jahren komplizierter. Neue Konzepte müssen  
35 frühzeitig erarbeitet und getestet werden.

36  
37 Mit fast 2.000 Kilometern Innen- und Außenküste hat Mecklenburg-Vorpommern  
38 eine hohe Verantwortung für den Küstenschutz. Die Sicherheit von Natur und

*Schutz der Ostsee*

1 Mensch muss durch eine entsprechende Vorsorge bei der Gefahrenabwehr ge-  
2 währleistet sein. Die FDP setzt sich auf allen politischen Ebenen für den Schutz  
3 der Ostsee ein. Die Reduzierung des Nährstoff- und Giftstoffeintrages ist drin-  
4 gend notwendig und kann nur im Rahmen multinationaler Vereinbarungen  
5 (HELCOM) gelöst werden. Um der Gefahr von Schiffunfällen vorzubeugen, ist  
6 auch hier eine ständige Zusammenarbeit notwendig. Wir fordern, ähnlich dem  
7 Landeverbot unsicherer Airlines, ein Anlegeverbot für Schiffe, die nicht den inter-  
8 nationalen Normen entsprechen. Die hohe Verkehrsdichte auf der Ostsee macht  
9 eine kontinuierliche Überwachung notwendig.

10

11 Der Küstenschutz hat das Ziel, ein einheitliches Sicherheitsniveau herzustellen.  
12 Sturmflutschutz, Festlegung von Ablagerungs- und Abtragsküstenbereichen  
13 tragen hier zur Sicherheit bei. Ein 100%-iger Schutz ist jedoch nie zu erreichen,  
14 deshalb ist die Integration des Katastrophenschutzes von großer Wichtigkeit. Wir  
15 setzen uns auch hier für klare übersichtliche und unbürokratische Strukturen ein.

*Küstenschutz ist  
Umweltschutz*

16

17 Eine ausreichende kontinuierliche Versorgung der Industrie, Landwirtschaft und  
18 privater Haushalte mit qualitativ hochwertigem Wasser ist zwingend notwendig.  
19 Für die Wassergewinnung stehen Oberflächen- und Grundwasser zur Verfügung.  
20 Während die Oberflächengewässer durch die europäische Wasserrahmenrichtli-  
21 nie (WRRL) klassifiziert und erfasst werden, steht dies für das Grundwasser  
22 noch aus. Dadurch fehlt eine einheitliche Bewertung des vorhandenen Wasser-  
23 potenzials. Die privaten und kommunalen Wasserversorger sind jedoch in der  
24 Lage, die Bevölkerung ausreichend zu versorgen. Die Abwasserbehandlung  
25 stellt einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Wirtschaftskreislauf dar. Strategi-  
26 sche Entwicklungsplanung und Kapazitätsanalysen vermögen kostengünstige  
27 Lösungen zu bringen. Überdimensionierte Anlagen verteuern die Wasserpreise  
28 und führen zu einem negativen Ansiedlungsverhalten. Anschlusspflicht sollte nur  
29 da bestehen, wo diese langfristig ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist.

*Hohe  
Wasserqualität*

*Versorgungssi-  
cherheit zu fairen  
Preisen*

30

31

32

33

34

35

36

37

38

## 6. Staat, Verwaltung und Justiz

---

*Für ein eigenständiges M-V*

Mecklenburg-Vorpommern hat als eigenständiges Bundesland, bei aller Unterschiedlichkeit seiner Regionen, Zukunft. Die Menschen brauchen Heimat. Sie gibt ihnen Halt und Orientierung, bestimmt ihre Identität. Ein technokratisches Gebilde, wie der Nordstaat, dessen entfernteste Punkte fast 600 km auseinander liegen, vermag dies nicht zu leisten. Die Diskussion darüber lenkt lediglich von den Versäumnissen in der Neuordnung des bundesdeutschen Föderalismus ab. Kooperationen mit anderen Bundesländern sollten, wo es sachlich sinnvoll und geboten ist, angestrebt werden. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Zusammenarbeit aber keine Einbahnstraße sein darf, sondern Nutzen für alle entfalten muss.

*Debatte um die Funktionalreform*

Die Basis unseres föderalen Systems bilden die Gemeinden. Dort finden sich die Bürger in ihrem Alltag wieder. Aus diesem Grund ist es unsere vordringliche Aufgabe, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu stärken. Dies hat auf verschiedene Weise zu erfolgen. Neben einer klaren Kompetenzregelung markiert eine solide eigenständige Finanzausstattung der Gemeinden eine der wichtigsten Aufgaben. Die Gemeinden müssen wieder in die Lage versetzt werden, selbst über ihre Aufgaben und ihre Finanzierung zu bestimmen. Dies wird nur gelingen, wenn allseits die Bereitschaft besteht, an einer Entflechtung von Bundes-, Landes- und Kommunalkompetenzen mitzuwirken. Diesem Ziel fühlen sich die Liberalen Mecklenburg-Vorpommerns verpflichtet.

Zur sinnvollen qualitativ hochwertigen und betriebswirtschaftlichen Aufgabenerfüllung benötigen Gemeinden, bzw. die Ämter denen sie angehören, eine angemessene Größe. In der Vergangenheit ist hierbei meist auf freiwilliger Basis viel erreicht worden. Dennoch wird im Hinblick auf die demographische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten vereinzelt weiterhin die Notwendigkeit bestehen, die Gemeinde- und Ämterstrukturen den Gegebenheiten anzupassen. Der so genannte Nordstaat würde bei Beibehaltung des jetzigen Verwaltungsaufbaus nur eine weitere Verwaltungsebene einfügen, den Regierungsbezirk Mecklenburg-Vorpommern. Das wollen wir Liberalen nicht.

Die Debatte um die Funktionalreform hat gerade in der Verknüpfung mit einer Kreisgebietsreform nicht nur die handwerkliche Unfähigkeit sondern auch das absolutistische Denken der Landesregierung offenbart. Anstatt den Aufbau der öffentlichen Verwaltung aus der Sicht der Bürger zu betrachten, wird von oben



1 herab eine bestimmte Struktur vorgegeben. Eine Zentralisierung der kommunalen Verwaltungen auf wenige Großkreise wird diesem Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung nicht gerecht. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landkreisneuordnung ausgesetzt und stattdessen auf freiwilliger Basis eine bürgerfreundliche Lösung gesucht wird. Dabei gilt es in besonderer Art und Weise, die Stadt-Umland-Problematik sowie die demographische Entwicklung zu beachten. Siedlungsräume, die wirtschaftlich, sozial und kulturell zusammengehören, sollten auch politisch verbunden sein. Änderungen in der Gemeindestruktur, beziehungsweise Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich, werden dabei unvermeidlich sein.

11  
12 Wichtigster Teil einer echten Verwaltungsmodernisierung ist eine mutige Funktionalreform. Sie hat Vorrang vor einer Kreisgebietsneuordnung. Teil der Funktionalreform muss sein:

- 15
- 16 1. Stärkung der Selbstverwaltung der Kommunen
  - 17 2. Kooperation mit anderen Bundesländern, wo immer es möglich ist
  - 18 3. Reform der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Übertragung weiterer Selbstverwaltungsaufgaben, die den Staat entlasten
  - 19 4. Autonomie und Selbstständigkeit staatlicher Einrichtungen
  - 20 5. Umstrukturierung der Daseinsvorsorge; Privatisierung

22  
23 Die Verwaltung muss effizienter und leistungsorientierter arbeiten. Verwaltung heißt Dienstleistung für Kunden und Unternehmen. Wir wollen ein Leistungsvergleichssystem in der Verwaltung einführen.

26  
27 Wir Liberalen wollen endlich das langwierige Umlaufverfahren durch das *Sternsystem* ersetzen. Beim Sternsystem hat der Kunde nur einen Ansprechpartner in der Verwaltung. Dieser gibt das wie auch immer geartete Anliegen an die entsprechenden Stellen weiter, d.h. der Verwaltungsakt wird nicht nacheinander, von einer Zuständigkeit zur nächsten bearbeitet, sondern von verschiedenen Stellen gleichzeitig.

33 Die virtuelle Verwaltung ist konsequent einzuführen und auszubauen. Im 21. Jahrhundert muss es machbar sein, Antragstellungen auch via E-Mail zu ermöglichen.

36  
37 Die FDP plant eine umfassende schrittweise Haushaltskonsolidierung. Die Netto-neuverschuldung muss unter spürbaren Anstrengungen sämtlicher Kostenträger

*Haushaltskonsolidierung*

1 der Landesverwaltung, aber auch der Kommunen unseres Landes, in der kom-  
2 menden Legislaturperiode in tiefgreifenderen, aber moderaten Schritten abge-  
3 baut werden. Solange Solidarpaktmittel in den Landeshaushalt fließen, muss sich  
4 die Finanzpolitik durch Sparsamkeit und Effizienz auf die Zeit vorbereiten, in der  
5 diese Mittel ausbleiben oder drastisch reduziert werden. Der Bedrohung einer  
6 kommenden Hochzinsphase darf nicht länger ausgewichen werden, vielmehr  
7 muss die Verschuldung in deutlich linearen Schritten zurückgeführt werden.

8  
9 Zu einer umfassenden Haushaltskonsolidierung gehört aus unserer Sicht eine  
10 zwingende Konzentration auf die Kernaufgaben des Landes. Haushaltswirksame  
11 Bereiche, die nicht zur Daseinsfürsorge der Bürgerinnen und Bürger gehören,  
12 müssen auf den Prüfstand. Nicht genutzte Immobilien im Landeseigentum sollten  
13 wegen der hohen Instandhaltungs- und Leerstandskosten dem freien Immobi-  
14 lienmarkt zugänglich gemacht werden. Die Einnahmenseite des Landeshaushalts  
15 kann durch Privatisierungserlöse kurzfristig, aber auch nur einmalig, deutlich ver-  
16 bessert werden, soweit Privatisierungen aufgrund eines freien und fairen Wett-  
17 bewerbs von etablierten Anbietern möglich sind.

18  
19 Ganz klar muss gesagt werden, dass die wirtschaftliche Betätigung des Landes  
20 und der Kommunen weiter zu beschränken ist. Es ist nicht Aufgabe des Staates,  
21 privaten Unternehmen mit Fitnessstudios oder Fahrschulen Konkurrenz zu ma-  
22 chen. Staatliche wirtschaftliche Unternehmen sollen nur dann im Interesse des  
23 Gemeinwohls tätig sein, wenn private Unternehmen diese Leistungen nicht  
24 erbringen können. Die Vertreter in den jeweiligen Kommunal- oder Gemeindepar-  
25 lamenten müssen daher ein unmittelbares Einsichts- und Kontrollrecht in alle  
26 wirtschaftlichen Betätigungen ihrer Körperschaften erhalten.

*Wirtschaftliche  
Betätigung der  
Kommunen*

27  
28 Transparenz ist ein Grundprinzip einer demokratischen Gesellschaft. Daher for-  
29 dern wir Liberalen jenseits spezialgesetzlicher Regelungen ein weitergehendes  
30 Informationsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern, das das grundsätzliche Recht  
31 auf Auskunft und Einsicht in staatliche Informationen auch gegenüber öffentli-  
32 chen Unternehmen zubilligt. Der Bürger muss die Entscheidungsgewalt über sei-  
33 ne persönlichen Daten zurückerhalten.

*Transparenz*

34  
35 Den Kommunen wollen wir die Möglichkeit geben, durch ehrenamtliche Beiräte,  
36 anstelle des berufsmäßigen Beauftragtenwesens, die Belange der Bürger besser  
37 zu berücksichtigen.

38

1 Gewaltenteilung ist ein unabdingbarer Bestandteil unseres Verfassungssystems.  
2 Einer Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium erteilen wir deshalb  
3 eine klare Absage. Der Rechtsstaat ist gerade für uns Liberale unabdingbar. Sei-  
4 ne Fortentwicklung ist unser ständiges Anliegen. Eine sich ständig entwickelnde,  
5 sich differenzierende und beschleunigende Lebenswirklichkeit braucht, bei allem  
6 Verständnis für den Wunsch nach einfachen und überschaubaren Gesetzen,  
7 ständig neue, speziellere gesetzliche Regelungen für ein gedeihliches und friedli-  
8 ches Miteinander. Dies darf nicht mit Bürokratie verwechselt werden oder gar  
9 darin ausarten. Deswegen wollen wir Gesetze nur dann, wenn sie erforderlich  
10 und wirksam sind. Dies müssen wir laufend auf den Prüfstand stellen. Das deut-  
11 sche Rechtssystem ist geprägt von dem Gedanken an umfassenden Rechts-  
12 schutz für alle Bürger

13

14 Die auch durch die Gerichte gewährleistete Rechtssicherheit ist ein bedeutender  
15 wirtschaftlicher Standortvorteil. Ein Herumdoktern an den Gerichtszweigen oder  
16 den Instanzenzügen ist abzulehnen. Aus Sicht der FDP bedarf es keiner großen  
17 Justizreform. Sie gefährdet nicht nur den hohen Standard des deutschen Rechts  
18 und der Justiz, sondern birgt gleichzeitig die Gefahr der Erosion des staatlichen  
19 Rechtsanspruches in sich. Recht und Gesetz dürfen nicht zum Spielball der Be-  
20 lieblichkeit verkommen. Dort, wo lange Verfahrensdauern faktisch in Rechtsver-  
21 weigerung ausarten, müssen wir die Ursachen erforschen und dürfen uns auch  
22 nicht scheuen, gegebenenfalls neue Richter einzustellen.

23

24 Die Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität ist bedenkliche  
25 Realität. Bei den hier notwendigen Maßnahmen und Gesetzen im sicherheitspoli-  
26 tischen Bereich, unter der Berücksichtigung der als gering einzustufenden Ge-  
27 fährdung in Mecklenburg-Vorpommern, setzen die bürgerlichen Freiheiten be-  
28 rechtigte Grenzen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat und damit das Erbe  
29 von 1989 verspielen.

30

31 Dem Landtag als Parlament unseres Landes kommt eine herausragende Funkti-  
32 on zu. Die Abgeordneten sind Vertreter des gesamten Volkes in Mecklenburg-  
33 Vorpommern und sollen dessen Willen repräsentieren. Die Abgeordnetenbezüge  
34 müssen reformiert werden. Wem wir zutrauen, in der Legislative die Zukunft un-  
35 seres Landes, aktiv mitzugestalten, von dem können wir auch fordern, dass er  
36 eigene Angelegenheiten wie Krankenversicherung, Altersvorsorge und die Siche-  
37 rung seines Lebensunterhaltes nach seinem Mandat selbstständig aus seinen  
38 Abgeordnetenbezügen bestreitet.